

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen



Miteinander!

Vielfalt und Zusammenhalt gemeinsam gestalten.

Regierungsprogramm 2011–2015

**SPD-Landesorganisation Bremen
Obernstraße 39-43
28195 Bremen
Telefon 0421 35018-0**

**info-bremen@spd.de
www.spd-land-bremen.de**

Gliederung

0. Echt Bremen: Zwei Städte – ein Land

Politik für eine gute Zukunft: Starke Wirtschaft – lebenswerte Städte

- Bremen und Bremerhaven als Innovationsstandorte
- Zukunftssicherung unserer industriellen Kerne
- Hafen, Logistik, maritime Wirtschaft
- Kreativwirtschaft
- Gesundheitswirtschaft
- Handwerk
- Wachstumsbranche Tourismus weiter entwickeln
- Innenstädte aufwerten – Einzelhandel stärken
- Wirtschaftsförderung
- Funktion öffentlicher Unternehmen für die Wirtschaftspolitik
- Ausbau der Breitbandinfrastruktur
- Verbraucherschutz
- Nachhaltige Stadtentwicklung und ressourcenschonende Flächenpolitik
- Mobilität und Verkehr
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen; Klima- und Umweltpolitik
- Regionale Kooperation

Die solidarische Gesellschaft – Miteinander leben

- Soziale Stadtteilentwicklung
- Sicherung des Kindeswohls – Ausbau und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung
- Politik für junge Menschen
- Gleichstellungspolitik
- Politik für ältere Menschen
- Politik für Menschen mit Behinderungen
- Gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund sichern
- Menschenwürdiges Existenzminimum und soziale Grundsicherung
- Für eine solidarische und gerechte Gesundheitspolitik

Von Anfang an – ein Leben lang: Gute Bildung für alle

- In guten Schulen hängt Bildungserfolg nicht vom Einkommen ab
- Eine gute Schule baut früh Brücken und verzahnt die Förderangebote
- Eine gute Schule fördert Vielfalt
- Auf eine gute Schule kann man sich verlassen
- Eine gute Schule lässt kein Kind außen vor
- Eine gute Schule benötigt eine gute Ausstattung und faire Arbeitsbedingungen
- Gute Ausbildung hat Priorität
- Weiterbildung stärken
- Zukunftsfähige Hochschulen: Gute Lehre, leistungsfähige Forschung, gesellschaftliche Verantwortung

Gute Arbeit für alle

- Gesellschaftliche Teilhabe durch Mitbestimmung
- Tariftreue unterstützen und faire Arbeitsbedingungen durchsetzen
- Arbeitsschutz ist Verbraucherschutz
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und Gleichstellung vorantreiben
- Konsequenz gegen Lohn- und Sozialdumping
- Arbeitsmarktpolitik an den neuen Herausforderungen ausrichten
- Öffentlich geförderte Beschäftigung sichern

Demokratie stärken – Gesellschaft gestalten – Sicher leben

- Beiräte, Bürgerbeteiligung, Mitbestimmung
- Integration fördern
- Gleichstellung von Lesben und Schwulen
- Prävention, Kriminalitätsbekämpfung, konsequente Strafverfolgung, effektive Justiz und moderner Strafvollzug
- Polizei
- Feuerwehr und Katastrophenschutz
- Bürgerservice
- Öffentliche Dienste und moderne Verwaltung
- Sport und Sportvereine
- Kunst und Kultur
- Medien
- Informationsfreiheit und Datenschutz
- Kampf gegen Rechts

Bremen in Europa – Bremen in der Welt

- Bremen in Europa
- Weltoffene Städte brauchen Partner
- Fairer Handel – Internationale Solidarität

Neue Allianz für die Zukunft – finanzielle Grundlagen des Zwei-Städte-Staates sichern

- Aufgabengerechte Finanzausstattung der Länder und Kommunen durchsetzen
- Öffentliche Ausgaben: Balance zwischen Sparen und Schwerpunktsetzung halten
- Neue Allianz für die Zukunft

Echt Bremen: Zwei Städte – ein Land

Mit unserem Regierungsprogramm legen wir Ihnen, liebe Bremerinnen und Bremer, liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener, unsere Ideen, Vorstellungen und konkreten Vorhaben vor, mit denen wir Bremen und Bremerhaven in den nächsten Jahren gestalten wollen. Dieses Programm ist unter breiter Beteiligung unserer Mitglieder entwickelt worden. Aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen haben engagiert mitdiskutiert; ebenso haben auch viele Anregungen von Unternehmerinnen und Unternehmern Eingang gefunden. Und nicht zuletzt haben sich auch viele Bürgerinnen und Bürger über das dafür von uns eingerichtete Internetforum eingebracht und wertvolle Hinweise gegeben, die in das Programm eingeflossen sind.

Unsere Demokratie, unsere Gesellschaft lebt davon, dass viele sich einmischen und nicht nur eine Zuschauerrolle einnehmen. Die Vielfalt und den Zusammenhalt Bremens und Bremerhavens wollen und können wir nur MITEINANDER gestalten. Und deshalb wollen wir am Anfang ein herzliches Dankeschön an alle sagen, die bei diesem Programm mitgeholfen, mitdiskutiert und mitgeschrieben haben.

Trotz der Probleme, die die Wirtschafts- und Finanzkrise auch in Bremen und Bremerhaven mit sich gebracht hat, sind wir bei der Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels in den letzten Jahren vorangekommen. Bremen ist ein erfolgreiches und wirtschaftlich starkes Land. Unsere Unternehmen entwickeln sich positiv, immer mehr Menschen finden in neuen Bereichen wie zum Beispiel der Windkraft einen Arbeitsplatz. Unsere Häfen boomen wieder, unsere Wissenschaftslandschaft ist exzellent und neue Stadtteile wie die Überseestadt entstehen. Und vor allem: Die Menschen leben gerne in Bremen und Bremerhaven. Unser Land steht heute nicht nur nach innen besser da als vor vier Jahren, sondern hat seine Stellung auch nach außen hin gefestigt.

Allerdings bleibt auch noch viel zu tun. Die finanzielle Situation in Bremen und Bremerhaven ist sehr angespannt und bietet deshalb keinen Raum, um Luftschlösser zu bauen. Auch in den kommenden vier Jahren werden wir den Kurs der Haushaltskonsolidierung weiter fortsetzen müssen. Zwar bekommen wir jährlich 300 Millionen Euro zusätzliche Konsolidierungshilfen bis zum Jahr 2020, aber wir sind gezwungen, an jeder Stelle und zu jeder Zeit sparsam hauszuhalten.

Es hilft nicht, jetzt in Panik zu verfallen, die Vermögenswerte Bremens und Bremerhavens zu verkaufen und eine soziale Kahlschlagpolitik zu betreiben. Wir dürfen aber auch nicht die Augen vor den Problemen verschließen. Wir müssen die kommenden Herausforderungen mit offenem Visier annehmen. Das erfordert Mut, Kraft und Augenmaß.

Politische Schwerpunkte wollen wir trotz aller Sparanstrengungen setzen. Dafür werden wir auch Geld ausgeben müssen. Bremen und Bremerhaven haben die Strukturkrise erfolgreich gemeistert und sind auf einem guten Kurs. Aber die Arbeitslosigkeit ist noch viel zu hoch. Zudem gibt es zu viele Beschäftigungsverhältnisse mit einem Lohn, von dem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz Vollzeitarbeit nicht leben können. Damit dürfen und werden wir uns nicht abfinden. Das, was wir tun können, damit sich die Wirtschaft und unsere Unternehmen positiv entwickeln können, werden wir tun. Das ist die Voraussetzung dafür, dass mehr

Menschen einen Arbeitsplatz finden. Und es ist die Voraussetzung dafür, dass wir genügend Ausbildungsplätze für unsere Jugendlichen anbieten können. Unser Ziel bleibt es, dass jede Frau und jeder Mann die Möglichkeit erhält, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften. Deshalb kämpfen wir für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen die Mitbestimmung in den Betrieben, den flächendeckenden Mindestlohn, Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und gleiche Löhne für Frauen und Männer, für Stammbeschafteten und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Die SPD steht für wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt. Beides ist aber kein Selbstzweck. Wir wollen der Entwicklung Ziel und Richtung geben und mehr Lebensqualität für alle Menschen schaffen. Hierzu gehören für uns der schonende Umgang mit unserer Umwelt und die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs. Denn Bremen und Bremerhaven sollen nicht nur wirtschaftlich starke, sondern auch lebens- und lebenswerte Städte bleiben.

Eine der größten Herausforderungen bleibt die Sicherung des sozialen Zusammenhalts unserer Gesellschaft. In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen und die damit unmittelbar verknüpfte ungleiche Verteilung von Lebenschancen in Deutschland stark zugenommen. Wir haben uns in Bremen und Bremerhaven immer mit aller Kraft gegen diese Entwicklung gestemmt und spürbare Erfolge erzielt. Aber wir wissen auch, dass wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen, denn der Trend zur sozialen Spaltung ist, vor allem bedingt durch die falsche Politik der schwarz-gelben Bundesregierung, ungebrochen.

Wir werden deshalb auch in Zukunft einen Schwerpunkt auf die Bildung legen. Wir wollen selbstbewusste und eigenverantwortlich handelnde junge Menschen. Bildung ist der Schlüssel für eine Zukunft in Wohlstand und Sicherheit. Sie ist eine Voraussetzung dafür, dass Menschen ihre individuellen Lebensziele verwirklichen können. Niemand soll ohne einen Schulabschluss bleiben. Wir werden die Bildungschancen für alle weiter verbessern. Frühkindliche Bildung, ausreichend Betreuungsplätze, leistungsfähige Schulen, eine gute Unterrichtsversorgung, längeres gemeinsames Lernen, eine hohe Durchlässigkeit der Bildungsgänge und ein gebührenfreies Erststudium sind für uns der Maßstab dafür.

Den Ausbau unserer Kindertagesbetreuung werden wir fortsetzen. Wir wollen es schaffen, dass alle Eltern, die einen Betreuungsplatz für die ganz Kleinen unter drei Jahren haben wollen, einen bekommen. Das ist eine gewaltige Kraftanstrengung. Aber sie ist notwendig. Auch auf dem Weg der Verbesserung unserer Kindertagesstätten werden wir ebenfalls weiter vorangehen.

Zur Gewährleistung der gesellschaftlichen Teilhabe aller brauchen wir einen aktiven Staat und leistungsfähige öffentliche Dienste in Bremen und Bremerhaven. Gerade die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat es gezeigt: Der Markt alleine kann nicht garantieren, dass die Menschen mit allem versorgt werden, was für ein menschenwürdiges Leben in einer demokratischen Gesellschaft nötig ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht, dass der Staat sich auf die Rolle des „Ausputzers“ für das Versagen des Marktes beschränkt, sondern wir wollen einen aktiven Staat, der Verteilungsgerechtigkeit und Teilhabe, aber auch persönliche Freiheit und Sicherheit gewährleistet.

Weitere Privatisierungen wird es darum mit uns nicht geben. Auch deshalb nicht, weil jede Privatisierung die Möglichkeiten der demokratischen Entscheidung und der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verringert. Unser Ziel ist aber ein anderes: Wir wollen mehr und nicht weniger Demokratie wagen. Deshalb halten wir an unseren kommunalen Wohnungsgesellschaften fest, deshalb werden wir unsere kommunale Kliniken nicht verkaufen und deshalb prüfen wir, ob es wirtschaftlich tragfähige Möglichkeiten der Rekommunalisierung – wie zum Beispiel bei den Energienetzen – gibt, die wir nutzen sollten.

Als moderne Großstadtpartei begrüßt die SPD die Vielfalt der Menschen und Kulturen in Bremen und Bremerhaven. Wir stehen für Weltoffenheit und Integration, nicht für Abschottung und Ausgrenzung. Die Grundlage des Zusammenlebens bilden die in unserer Landesverfassung niedergelegten Rechte und Pflichten. „Miteinander“ statt nebeneinander – das ist das Leitmotiv sozialdemokratischer Politik. In der politischen Auseinandersetzung mit den Neonazis und dem Rechtsradikalismus bieten wir allen demokratischen Kräften unsere Zusammenarbeit an.

Wir wissen, dass den Handlungsmöglichkeiten der Landespolitik Grenzen gesetzt sind. Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die sich dadurch ergeben, dass Bremen ein Bundesland ist. Wir sind entschlossen, die bremischen Interessen auch künftig tatkräftig zu vertreten. Zunächst ist es wichtig, dass sich die im Bund gesetzten Rahmenbedingungen durch die falsche schwarz-gelbe Politik nicht weiter verschlechtern. Die Bundesregierung zielt, wie ihre verantwortungslose Steuerpolitik zeigt, auf eine nachhaltige Schwächung der Handlungsfähigkeit des Staates. Die milliardenschweren Steuergeschenke für die Reichen, die in Berlin schon fest eingeplant sind, werden durch umfassenden Sozialabbau bezahlt werden müssen. Das kann sich Deutschland nicht leisten – und das können sich Bremen und Bremerhaven nicht leisten.

Die Bremerinnen und Bremer haben von der SPD immer wieder Tatkraft und Einsatz gefordert. Wir haben gehalten, was wir versprochen haben. Jetzt legen wir Ihnen unser Regierungsprogramm für die kommenden Jahre vor. Wir haben uns viel vorgenommen und blicken optimistisch nach vorne. Mit diesem Programm stellen wir unsere Ideen für eine gute und gerechte Zukunft vor. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen die Zukunft des Landes, die Zukunft Bremens und Bremerhavens gestalten. Sozial, menschlich und kompetent. Indem wir unsere Gesellschaft zusammenführen, indem Unternehmer und Beschäftigte, Frauen und Männer, Deutsche und Ausländer gemeinsam an der Zukunft arbeiten. Indem wir niemanden hinten runterfallen lassen. Die Menschen in Bremen und Bremerhaven haben einen ausgeprägten Sinn für soziale Gerechtigkeit. Dafür steht die SPD, dafür steht unser Spitzenkandidat Jens Böhrnsen. Und daran sollen Sie uns auch messen können. Wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns über unsere Ziele zu diskutieren. Wir laden Sie ein, mitzumachen und unsere Städte mitzugestalten.

Wir bitten Sie herzlich um Ihr Vertrauen.

1. Politik für eine gute Zukunft: Starke Wirtschaft – lebenswerte Städte

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zielt auf einen möglichst hohen Wohlstand, an dem alle Menschen gerecht teilhaben. Die Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer und zusätzlicher Arbeitsplätze ist unser Maßstab. Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik steht der Mensch. Reichtum, Lösungskompetenz und Zukunftsperspektive unserer Wirtschaft besteht in der Bündelung von Fähigkeiten, Wissen und Einsatzbereitschaft der Menschen, die in den Betrieben und Verwaltungen beschäftigt sind – sei es als Geschäftsführer, Facharbeiter, Angelernte oder Ingenieure. Jede Frau und jeder Mann soll die Möglichkeit erhalten, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften. Gleichzeitig müssen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig sichern. Diese Ziele lassen sich nur mit einer hohen wirtschaftlichen Wertschöpfung bei gleichzeitigem ständigem technologischen Fortschritt und gerechter Verteilung der erzielten Ergebnisse verwirklichen.

Bremen und Bremerhaven als Innovationsstandorte

Das Land Bremen ist mittlerweile einer der führenden Innovationsstandorte der Republik. Wir haben in den vergangenen 20 Jahren unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft in rasantem Tempo ausgebaut und die Basis dafür geschaffen, dass sich Wissenschaft und Forschung heute auf hohem Niveau im internationalen Wettbewerb behaupten. Die große Bedeutung wissenschaftlicher Ausbildung und anwendungsnaher Forschung für wirtschaftliche Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit ist unstrittig. Für das Land Bremen ist das ein wichtiger Hebel der Standortpolitik und der langfristigen Beschäftigungssicherung.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen und Institute in Bremen und Bremerhaven sind hervorragend vernetzt mit unseren Unternehmen. Mit gezielten Programmen haben wir zum Beispiel die Verflechtung von AIRBUS, den Zulieferern und der Wissenschaft gefördert und so die Luftfahrtindustrie gestärkt und Arbeitsplätze gesichert. Und auch als Raumfahrtstandort zeichnet sich Bremen durch sein wirtschaftliches Potenzial und seine wissenschaftliche Exzellenz aus. Viele Menschen arbeiten in diesem Sektor. Mit EADS, Astrium und OHB auf der industriellen Seite und Instituten wie dem Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation (ZARM), dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI), dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und dem universitären Institut für Umweltphysik (IUP) auf der wissenschaftlichen Seite ist Bremen hervorragend aufgestellt.

Weitere Beispiele bremischer Innovationskraft in Wirtschaft und Wissenschaft sind die maritime Wirtschaft und die Automobilwirtschaft, insbesondere was die Entwicklungen der Elektromobilität angeht. Mit der Ansiedlung des Fraunhofer IWES-Instituts zur Windenergie-Forschung wird das Zentrum für den Bau von Anlagen für die Offshore-Windenergie im Fischerhafen unterstützt. In der Aquakulturforschung haben wir die Voraussetzung geschaffen, in einem weiteren Zukunftsfeld eine bundesweite Spitzenposition einzunehmen.

Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven sind nicht nur Impulsgeber für Innovationen und wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und Neubürger, sie sind auch Arbeitgeber für Tausende von hoch qualifizierten Arbeitskräften und ein eigenständiger bedeutender Wirtschaftsfaktor, der sich weiter entfalten können soll.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Zukunftssicherung unserer industriellen Kerne

Bremen und Bremerhaven sind und bleiben bedeutende Standorte der industriellen Fertigung in Europa. Die Eisen- und Stahlproduktion, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die industrielle Spitzenfertigung im Automobilbau und in der Elektronik, die Luft- und Raumfahrtindustrie sowie die maritime Wirtschaft, insbesondere die Werftenstandorte, gehören zum unverzichtbaren industriellen Kern unseres Landes. Wir wollen diesen starken Kern stärken, Neues darauf aufbauen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Bei den neuen industriellen Entwicklungen wie z. B. dem Windenergieanlagenbau streben wir ebenfalls einen europäischen Spitzenplatz an. Zukunftsfähigkeit bedeutet, dass die Industrie die Herausforderungen von Klimaschutz, Klimawandel und Ressourceneffizienz auf Basis der bisher schon sehr erfolgreichen Anstrengungen und positiven Entwicklungen weiterhin aktiv aufgreift und in neue Chancen umsetzt. Wir wollen, dass die bremische Industrie mit modernsten Produkten und Fertigungsverfahren auch zukünftig in der weltweiten Konkurrenz mithalten kann.

Bremen ist insbesondere eine Autostadt. Im Automobilbau blickt Bremen auf eine über 70-jährige Geschichte zurück. Die Automobilwirtschaft ist mit dem Daimler-Werk in Bremen sowie einem starken Zulieferbereich einer der dominierenden Industriezweige im Land Bremen, der auch in Zukunft nicht an Bedeutung verlieren wird. Fast 12.000 Menschen arbeiten im Werk direkt. Hinzu kommen viele Arbeitsplätze bei den Zulieferern und Dienstleistern in unserer Region.

Mit dem Masterplan Industrie haben wir erstmals eine umfassende Bestandsaufnahme der industriellen Wertschöpfung in unserem Bundesland vorgenommen. Die Vielfalt unserer Industrie – gerade auch im Bereich mittelständischer Betriebe – erfordert eine konsequente Bündelung unserer Handlungsmöglichkeiten. Gewerbeflächenpolitik, Verkehrspolitik und Arbeitsmarktpolitik müssen koordiniert werden.

Industrielle Kompetenz trägt zur Lösung unserer Zukunftsfragen bei, politisches Handeln muss dafür die notwendigen Rahmen setzen. Ökologie und Ökonomie sind für uns dabei kein Widerspruch.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Hafen, Logistik, maritime Wirtschaft

Unser Zwei-Städte-Staat nimmt mit seinen Häfen eine unverzichtbare Dienstleistung für die gesamte Republik wahr. Mit den modernen Hafenstrukturen und der gut aufgestellten Logistikbranche inklusive der einschlägigen Forschungseinrichtungen verfügen wir ebenso wie mit unserer Beteiligung am Tiefwasserhafen Jade-Weser-Port erhebliche Innovations- und Entwicklungspotenziale. Wir haben in den vergangenen Jahren nachhaltig in die Leistungsfähigkeit unserer Häfen investiert, von der Millionen Arbeitsplätze in der ganzen Bundesrepublik Deutschland abhängen. Dies gilt gerade auch für Bremerhaven mit einem der größten Autohäfen in Europa und dem zweitgrößten Containerumschlagplatz in Deutschland.

Die Hafenwirtschaft ist zugleich der größte Arbeitgeber des Landes. Bremen ist als überregional bedeutsamer Logistikstandort ohne die Häfen ebenso wenig denkbar wie die erfolgreiche Entwicklung von Wertschöpfungsketten hinter den Kajen. Nach dem dramatischen Einbruch des Warenumschlags infolge der weltweiten Krise, befinden sich unsere Häfen jetzt wieder auf Wachstumskurs. Mit dem Bau der Kaiserschleuse und der nachhaltigen Verbesserung der Hafenanbindung in Bremerhaven sind die Weichen für das künftige Wachstum gestellt. Unsere Politik muss die Häfen auch zukünftig als Basis und Motor der Wirtschaftsentwicklung und des Arbeitsmarktes der gesamten Region stärken.

Durch einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Vertiefung der Außen- und der Unterweser, durch technologische Innovationen und die Umsetzung logistischer Konzepte soll die Attraktivität der logistischen Hafendienstleistungen gesteigert werden – im Interesse neuer Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven sowie im Nordwesten insgesamt. Bremerhaven wollen wir unter Einbeziehung der Kompetenzen der Hochschule Bremerhaven zu einem maritimen Logistikzentrum für Seeverkehr und Sicherheit entwickeln.

Erkennbar an den Wachstumsbereichen „alternative Energien“, „moderne Logistikketten“, „Meeresforschung“ und „Blaue Technologien“ spielt der Faktor Meer eine zunehmend wichtige Rolle für Wachstum und Beschäftigung. Dies gilt ganz besonders auch für Bremen und Bremerhaven: Rund ein Viertel der Gesamtbeschäftigung im Zwei-Städte-Staat ist diesem Sektor direkt und indirekt zuzuordnen. Deshalb ist die Schaffung guter Standortbedingungen für die entsprechenden wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Ressourcen für die Zukunft des kleinsten Bundeslandes besonders wichtig. Bremen und Bremerhaven haben exzellente Standortqualitäten zur Entwicklung eines „Kompetenzzentrums Meereswirtschaft“. Daneben werden wir alles Machbare unternehmen, um den Werftenstandort Bremerhaven zu sichern und zu unterstützen.

Bremerhaven ist in den letzten Jahren zum Zentrum der deutschen Offshore-Windenergie geworden. Wir wollen den Standort nun zum Marktführer der Offshore-Windenergiewirtschaft in Europa machen und erwarten von den Firmen, dass sie verstärkt Ausbildungsplätze anbieten, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Mit der Eingliederung der Luneplate in bremisches Hoheitsgebiet haben wir uns auf die weitere Entwicklung und die zu erwartenden Flächenbedarfe der Windenergiewirtschaft vorbereitet. Um der dynamischen Entwicklung der Offshore-Windenergie gerecht zu werden, haben wir die Entscheidung für den Standort zum Bau einer Offshore-Verladeanlage an der Weser getroffen. Jetzt muss die Anlage auf privatwirtschaftlicher Basis zeitnah realisiert werden. Die bedarfsgerechte Entwicklung der Luneplate ist für die Offshore-Windkraftindustrie und den Fischereihafen von zentraler Bedeutung.

Im Hinblick auf die weiterhin zunehmende Globalisierung und das damit verbundene Wachstum des Welthandels werden wir in einem Hafenkonzept 2020/25 die langfristigen Entwicklungsperspektiven und Planungen (auch in alternativen Szenarien) für die Gesamtheit der bremischen Häfen und der Hafenwirtschaft im Dialog mit allen Beteiligten kreativ aufbereiten. Darin wollen wir insbesondere innovative technologische Möglichkeiten ebenso wie neue Nutzungen der Meere einschließen, um die Häfen als trimodale Umschlags- und Produktionsplätze kombinierter Verkehre ebenso wie ihre technischen sowie ökonomischen Hinterlandverbindungen zu stärken. Im Rahmen eines nationalen Hafenkonzepts sollen die Kooperationsmög-

lichkeiten in der Deutschen Bucht genutzt sowie neue Finanzierungsalternativen für Großinvestitionen der Hafeninfrastruktur erschlossen werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Kreativwirtschaft

Kreativen Prozessen kommt eine immer größere Bedeutung für wirtschaftliche Entwicklung zu. Die Kreativwirtschaft ist nicht nur bedeutsam für das Image moderner Großstädte, sondern auch als Wirtschaftszweig mit eigener Wertschöpfung zunehmend wichtig. Wir wollen die Potenziale der Kreativwirtschaft in Bremen und Bremerhaven nutzen.

Etwa 1.800 Unternehmen und 10.000 Erwerbstätige sind im Land Bremen der Kultur- und Kreativwirtschaft zuzurechnen. Zur Kreativwirtschaft gehören das Verlagsgewerbe, die Filmwirtschaft, die Rundfunkwirtschaft, Musik, Journalist/-innen/Nachrichtenbüros, Museumshops, Kunstausstellungen, Einzelhandel mit Kulturgütern, Architekturbüros, Designwirtschaft, Werbung und Softwareentwicklung. Bei der Weiterentwicklung dieser innovationspolitischen Handlungsfelder spielen die Universitäten und Hochschulen eine besondere Rolle, auch in der regionalen Vernetzung.

Innovation bzw. Wissensinfrastruktur und wissensintensive Wirtschaft bündeln sich häufig an speziellen Orten, an denen sich ihre gründerfreundlichen Milieus entfalten können. Hier sind neben dem geplanten Science-Park in Bremen-Nord vor allem der Technologiestadtteil an der Universität Bremen und die Überseestadt zu nennen, aber auch die „Medienmeile“ im Stephani-Quartier, die „Kunstmeile“ im Ostertorviertel und die „Time-Ports“ in Bremerhaven.

Wir wollen unter Einbindung unserer Hochschulen die Zusammenarbeit und Vernetzung von wirtschaftsnahen, marktorientierten Dienstleistungsunternehmen der Kreativwirtschaft mit Unternehmen der „klassischen“ Branchen fördern. Durch ressortübergreifendes Planen und Handeln wollen wir die Rahmenbedingungen erhalten und sichern, die eine kreative Stadtentwicklung ermöglichen und unter denen sich die genannten Quartiere als Zentren für Innovation entwickeln können. Es geht um die Absicherung von Freiräumen durch staatliche Förderung. Die Gründung und Entwicklung neuer Kreativprojekte benötigt auch Finanzierungshilfen. Stipendiensysteme, Systeme von Klein- und Kleinstkrediten zur Absicherung von Planungs- und Entwicklungszeiten sind ebenso wichtig wie die Förderung von Infrastrukturprojekten, die als Ausgangspunkt und Basis für neue Prozesse dienen können (Gründerzentren).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Gesundheitswirtschaft

Unsere Krankenhäuser bilden nicht nur das Rückgrat der Gesundheitsversorgung, mit ihren über 12.000 qualifizierten Beschäftigten in Bremen und Bremerhaven sind sie auch ein wichtiger Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsfaktor und bilden den Kern unserer Gesundheitswirtschaft. Die Gesundheitswirtschaft ist eine wachsende Wirtschaftsbranche. Sie geht weit über die Institutionen der Krankenversorgung hinaus. Wir wollen die Gesundheitswirtschaft stärken und die

Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen befördern. Hierzu werden auch künftig die Arbeiten der wissenschaftlichen Institute, z. B. des Technischen Zentrums Informatik (TZI), des Instituts für Automatisierungstechnik (IAT), des Instituts für Public Health und Pflegeforschung (IPP) der Universität Bremen sowie des Bremer Standorts des Deutschen Zentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) genutzt, um den Ausbau der Position Bremens für zukünftige Dienstleistungen und Lösungen quartiersbezogener städtischer Versorgungsstrukturen insbesondere für Ältere zu entwickeln.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Handwerk

Das Handwerk leistet einen erheblichen Beitrag zur Ausbildung junger Menschen und ist zugleich unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaft vor Ort. Wir wollen es stärken und setzen uns in diesem Zusammenhang für eine Ausrichtung der Wirtschaftsförderung auf kleine und mittlere Unternehmen ein. Insbesondere sind Verfahren zu entwickeln, die für eine bessere Unternehmensnachfolge im Handwerk sorgen.

Das Land Bremen wird auch weiterhin als Auftraggeber für das bremische Handwerk auftreten. Die für 2012 anstehende Neugestaltung von Vergabegrenzen für die Erteilung öffentlicher Aufträge wird unter Beteiligung des regionalen Handwerks erfolgen. Um der Bedeutung des Handwerks als wichtigen Wirtschaftsfaktor stärker als bisher gerecht zu werden, werden wir prüfen, wie es besser in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden kann.

Wir setzen uns für eine gesonderte Initiative der Landesregierung zur Stärkung des Handwerks ein. Wir werden unsere intensiven Bemühungen zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit fortsetzen. Die Weiterentwicklung des Bremischen Landesvergabegesetzes und des Korruptionsregistergesetzes werden dabei helfen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Wachstumsbranche Tourismus weiter entwickeln

Der Tourismus hat sich im Land Bremen zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt: Etwa 35.000 Menschen sind darin beschäftigt. Besonders markant ist dieser Strukturwandel in Bremerhaven. Ziel ist es, in den kommenden Jahren die Zahl der Übernachtungen weiter auszubauen. Dies erfordert eine Konzentration auf die Stärken der beiden Tourismusziele Bremen und Bremerhaven und ein gezieltes Marketing im In- und Ausland. Mit den „Wissenswelten“ in Bremen und den „Havenwelten“ (Zoo am Meer, Auswandererhaus, Klimahaus, Seglerhafen und Deutsches Schifffahrtsmuseum) in Bremerhaven ist unser Bundesland grundsätzlich gut aufgestellt. Diese Einrichtungen wollen wir zielgerichtet weiterentwickeln und offensiv vermarkten. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir die weitere Entwicklung des Deutschen Schifffahrtsmuseums absichern. Bei der Weiterentwicklung unserer Tourismuseinrichtungen setzen

wir auf starke private Impulse, mit denen auch neue Zielgruppen angesprochen werden. Diese sind von der öffentlichen Hand offensiv zu begleiten und planerisch zu unterstützen.

Zur offensiven Vermarktung Bremens und Bremerhavens tragen herausragende, überregional wahrgenommene Events bei. Deshalb bleibt es weiterhin unser Ziel, sportliche Großveranstaltungen, zugkräftige Kulturveranstaltungen sowie Messen und Kongresse für das Land Bremen zu akquirieren.

Auch im Tourismusbereich setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte und Auszubildende ein. Beschäftigung unter Mindestlohniveau und ausbeuterische Ausbildungsverhältnisse schaden auch der Qualität des Angebots und dem Ansehen der Betriebe.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Innenstädte aufwerten – Einzelhandel stärken

Bremen und Bremerhaven sind attraktive Einkaufsstädte. Wir wollen die urbanen Zentren in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven als Einzelhandelsstandorte weiter stärken. Sie sind Anziehungspunkte nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens, sondern ziehen darüber hinaus Kaufkraft aus der Metropolregion und dem gesamten Nordwesten an.

In der Stadt Bremen setzen wir uns deshalb dafür ein, zusätzliche, städtebaulich attraktiv gestaltete Einzelhandelsflächen im Bereich Ansgaritor zu schaffen und bislang weniger attraktiv gestaltete Lagen im Bereich Wall, Knochenhauerstraße, Domshof und Langenstraße in einem systematischen Entwicklungsprozess aufzuwerten. Zur Realisierung eines Zukunftskonzepts City Bremen ist die enge Partnerschaft zu privaten Investoren erforderlich, die gezielt gesucht werden soll.

Mit dem Umbau der Fußgängerzone und der Entwicklung der südlichen Innenstadt haben wir Bremerhaven als Einzelhandelsstandort gestärkt. Dies werden wir weiter unterstützen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Wirtschaftsförderung

Wir haben die Wirtschaftsförderung in Bremen grundlegend neu aufgestellt. Die Gesellschaften BIG, HVG und bmg wurden zur „Wirtschaftsförderung Bremen“ zusammengefasst. Das spart Geld, das nun statt für Geschäftsführergehälter für Wirtschaftsförderung ausgegeben werden kann. Die Umstellung von Zuschüssen auf Darlehen in der Wirtschaftsförderung war erfolgreich. Diesen Weg werden wir daher konsequent fortsetzen.

Die Bremer Aufbau-Bank (BAB) kann ihre Förderangebote in den nächsten Jahren in Abstimmung mit den Geschäftsbanken noch deutlich ausweiten. Vor allem möglichen Engpässen in

der Kreditversorgung von kleinen und mittleren Unternehmen ist zu begegnen. Daneben wird die Bereitstellung von Wagniskapital gerade für innovative neue Unternehmen immer wichtiger. Deshalb wollen wir dieses Instrument aus dem Eigenvermögen der BAB als zusätzliche Säule der Wirtschaftsförderung konsequent weiterentwickeln. Zusätzlich werden wir prüfen, ob ein Landesprogramm zur vorübergehenden Kapitalbeteiligung an Unternehmen als neues Instrument der Wirtschaftsförderung in Bremen und Bremerhaven zusätzliche positive Impulse geben könnte.

Vorrangiges Kriterium von Förderentscheidungen ist die Schaffung von Arbeitsplätzen; die Schaffung von Ausbildungsplätzen und existenzsichernder Arbeit für Frauen muss deutlich mehr Gewicht erhalten. Wir wollen die Förderung verbindlich an Kriterien wie die Zahlung von Mindestlöhnen koppeln.

Durch eine bessere Abstimmung der Beratungsangebote von Wirtschafts- und Arbeitsförderung bringen wir Menschen und Arbeit zueinander und bekämpfen so Arbeitslosigkeit und den in einigen Branchen schon existierenden Fachkräftemangel.

Fördermaßnahmen des Bundes oder der EU zielen meist besonders auf kleine und mittlere Unternehmen, die diese Angebote aber aufgrund der hohen bürokratischen Anforderungen besonders schlecht in Anspruch nehmen können. Das neue Unternehmensservicebüro in der Stadt Bremen muss diese Aufgaben weitestgehend erledigen und dazu beitragen, dass Förderprogramme bei den Unternehmen tatsächlich ankommen. Gemeinsam mit der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) und dem Magistrat wollen wir in auch in Bremerhaven die Beratung für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) verbessern, insbesondere bei der Nutzung von Fördermaßnahmen.

Wir wollen die Möglichkeiten des Vergaberechts nutzen, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Land Bremen wirtschaftlich zu unterstützen.

Die Anzahl der Gründerinnen und Gründer ist inzwischen auch ein wichtiger Faktor für das Entstehen neuer Arbeitsplätze geworden. Die vorhandene Struktur der Existenzgründungsberatung in Bremerhaven wollen wir erhalten. Auch die Kreativwirtschaft spielt eine wichtige Rolle in Bremerhaven. Das Stipendium für junge Designer, Architekten und Ähnliche aus dem Bereich der Kreativwirtschaft, das zurzeit vom Designlabor durchgeführt wird, soll erhalten bleiben.

Menschen mit Migrationshintergrund bilden im Land Bremen einen steigenden Anteil der Gründerinnen und Gründer von Unternehmen. Auch sie tragen damit stetig zur Stärkung der Wirtschaftskraft durch Schaffung von Erwerbs- und Beschäftigungsmöglichkeiten bei. Unsere Beratungsstrukturen sind auch auf die speziellen Bedürfnisse dieser Zielgruppe auszurichten. Zudem wollen wir gründungswillige Migrantinnen und Migranten im Handwerk unterstützen.

Die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) und die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) müssen ihre Netzwerke über die bestehenden Aktivitäten und Verbindungen hinaus intensivieren. Der Austausch zwischen Wissenschaft und den wirtschaftlich Tätigen ist eine zentrale Aufgabe, damit Betriebe wissenschaftliche Erkenntnisse nutzen können und Wissenschaft betriebliche Bedarfe kennen lernt. Ein regelmäßiger „Wis-

sensdialog“ könnte diesen Prozess fördern/unterstützen. Zudem wollen wir einen verstärkten Wissenstransfer für KMU erreichen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Funktion öffentlicher Unternehmen für die Wirtschaftspolitik

Die öffentlichen Unternehmen der Freien Hansestadt Bremen beschäftigen Tausende von Menschen und stellen allein von daher einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Aber ihre Bedeutung geht weit darüber hinaus: Zum Beispiel die GEWOBA, die BSAG und die Krankenhäuser der Gesundheit Nord haben wichtige gesellschaftliche Funktionen. Die Glocke Veranstaltungs-GmbH stellt den Rahmen für eine große Zahl sehr unterschiedlicher kultureller Ereignisse. Die Großmarkt Bremen GmbH schafft den Rahmen für privatwirtschaftliche Versorgung durch eine Vielzahl von Einzelhandelsunternehmen.

Wir haben es erreicht, dass der Senat die Führungsrolle gegenüber den mit der Erledigung öffentlicher Aufgaben beauftragten Gesellschaften wieder übernommen hat. Im nächsten Schritt wollen wir die strategischen Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten des Parlaments gegenüber diesen operativen Einheiten stärken. Dazu muss das bestehende Berichtswesen optimiert werden. Zudem ist ein originäres Auskunftsrecht parlamentarischer Gremien gegenüber den Geschäftsführungen dieser Gesellschaften zu prüfen.

Wir werden in der kommenden Wahlperiode von den Geschäftsführungen der Bremen eigenen Unternehmen verlangen, noch mehr als bisher einen besonderen Beitrag zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit zu leisten. Die Zusammenarbeit der GEWOBA mit einem gemeinnützigen Beschäftigungsträger ist ein gelungenes Beispiel für eine Kooperation zum Nutzen aller Beteiligten ohne Konkurrenz zu privatwirtschaftlichem Handeln.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Ausbau der Breitbandinfrastruktur

Im Land Bremen soll der breitbandige Internetzugang für alle weiter vorangebracht werden, um die Spitzenposition, die Bremen im Bereich der Internetnutzung im privaten Bereich hat, auch zukünftig gerecht zu halten. Für Unternehmen bedeutet ein leistungsfähiger Breitbandanschluss einen echten Wettbewerbsvorteil. Daher soll das Ziel der Breitbandinitiative der Bundesregierung im Land Bremen deutlich früher erreicht werden. Dazu sind schnellstmöglich Verhandlungen mit den Anbietern von Telekommunikationsdienstleistungen aufzunehmen, um die Versorgung zu verbessern.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Verbraucherschutz

Als Verbraucher wünschen wir uns sichere und gesundheitlich unbedenkliche Produkte und Dienstleistungen zu fairen Preisen. Wir wollen in finanziellen Fragen unabhängig und kompetent beraten werden. Und wir haben das Recht, vor Betrügereien und Abzocke am Telefon, im Internet und auf anderen Marktplätzen geschützt zu werden. In der akuten Finanzmarktkrise haben wir dafür gesorgt, dass die unabhängige Finanzberatung in der Verbraucherzentrale Bremen personell gestärkt werden konnte. Zudem wurde der Verbraucherpolitik insgesamt ein höherer Stellenwert beigemessen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Arbeit der Verbraucherzentrale auch weiterhin auf dem erforderlichen Niveau gefördert wird. Angesichts der zunehmenden Komplexität und Undurchsichtigkeit vieler Produkt- und Dienstleistungsangebote ist ein Verbraucher-Beratungsangebot vor Ort besonders wichtig. Deshalb wollen wir erreichen, dass das Beratungsangebot der Verbraucherzentrale in Bremerhaven erweitert wird. Zudem wollen wir eine engere Verzahnung der Beratungsangebote von Verbraucherzentrale und unabhängiger Patientenberatung ermöglichen.

Wir haben in Bremen bereits eine Pilotphase für eine Verbraucherschutzklausel eingeleitet, in der alle Gesetzes- und Verordnungsentwürfe auf Landes- und Städteebene systematisch auf ihre Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher geprüft werden. Wir werden die Erfahrungen mit dieser Klausel sorgfältig auswerten und sie dauerhaft festschreiben, wenn sie ersichtlich der Stärkung der Verbrauchinteressen dient.

Über viele Fragen des Verbraucherschutzes wird auf Bundesebene und zunehmend auf der Ebene der EU entschieden. Deshalb werden wir uns über den Bundesrat insbesondere dafür einsetzen, dass wirksame gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, um Missstände wie die modernen Wucherkredite, überhöhte Überziehungszinsen, undurchsichtige Finanzprodukte oder die häufige Falsch- und Schlechtberatung bei der Geldanlage und Altersvorsorge zu beseitigen. Wir unterstützen die Forderung, dass der Verbraucherschutz endlich auch als Aufgabe in der staatlichen Finanzmarktaufsicht verankert wird. Und wir werden uns dafür stark machen, dass über die Verbraucherzentralen ein marktnahes und effizientes Frühwarnsystem für risikante Produkte und unseriöse Angebotspraktiken geschaffen wird.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Nachhaltige Stadtentwicklung und ressourcenschonende Flächenpolitik

Leitgedanke unserer Flächenpolitik ist ein nachhaltig schonender Umgang mit der Fläche als natürlicher Ressource. Wir wollen den Flächenverbrauch auch zukünftig mithilfe von Flächenumnutzung und verdichtetem Bauen möglichst begrenzen. Zudem werden wir die Entwicklung von Landes- und Kommunalgrenzen überschreitenden Maßnahmen zur wirksamen Begrenzung des Flächenverbrauchs unterstützen. Gleichwohl muss die Flächenpolitik die Weiterentwicklung unserer Städte sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch als attraktive Wohnstandorte ermöglichen.

Dazu brauchen wir in Bremen und Bremerhaven eine effizient gestaltete, bedarfsorientierte Gewerbeflächenpolitik, die qualifizierte, identifizierbare und vermarktungsfähige Gewerbeflächenstandorte ausweist, um die Weiterentwicklung unserer Unternehmen zu fördern und Neuansiedlungen möglich zu machen. Als eines der größten Revitalisierungsprojekte in Europa ist die Umstrukturierung der alten Hafendreiecke in der Überseestadt eine zentrale Aufgabe in der Standort- und Stadtentwicklung. Stadt und Land Bremen sind dort erheblich in Vorleistung getreten und werden dort auch weiter investieren. Diese öffentlichen Investitionen haben bereits beträchtliche private Investitionen nach sich gezogen. Zudem ist es in der Überseestadt in Bremen gelungen, die unterschiedlichen Interessenlagen der Stadtentwicklung mit den ansässigen Betrieben in Einklang zu bringen und sie so zu einem attraktiven Mischgebiet für Wohnen und Gewerbe zu entwickeln. Gleiches wollen wir am Handelshafen in Bremerhaven erreichen. Die Masterpläne Fischereihafen und Schaufenster Fischereihafen sollen fortgeschrieben und weiterentwickelt werden. Mit der FBG als Dienstleisterin für die kleinen und mittleren Unternehmen stärken wir auch zukünftig den Standort Fischereihafen. Die Flächen auf der Lueneplate werden von Bremerhaven bei weiter anhaltender Nachfrage des Gewerbes dringend benötigt.

Wir wollen Bremen und Bremerhaven als lebenswerte und attraktive Städte erhalten. Bezahlbare und gute Wohnungen sind dafür eine Grundvoraussetzung. Unsere Wohnungsbaupolitik hat das Ziel, ausreichenden und bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und der drohenden Spaltung in arme und reiche Stadtteile entgegenzuwirken. Unser Anspruch ist daher, das Wohn- und Lebensumfeld in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen weiter zu verbessern. Einzelne Nebenzentren etwa haben mit Leerständen bei Wohnungen und Gewerbeimmobilien zu kämpfen. Dem wollen wir wirkungsvoll begegnen. Um die soziale Entmischung zu verringern, müssen auch in teureren Stadtteilen Wohnungen für Menschen mit geringerem Einkommen zugänglich sein – und umgekehrt. Der Trend zu mehr Ein-Personen-Haushalten, die steigende Anzahl der Seniorinnen und Senioren wie auch der wachsende Anteil von Geringverdienerinnen und -verdienern müssen berücksichtigt werden. Eine sich verändernde Gesellschaft wünscht neue Wohnformen und braucht mehr Projekte gemeinschaftlichen Wohnens. Daher sollen zukünftig Grundstücke in öffentlichem Eigentum mittels geeigneter Vergabeverfahren gezielt für diese Zwecke verwendet werden. Doch auch private Grundstückseigentümer sollen motiviert werden, auf ihren Flächen vermehrt solche Bauprojekte zuzulassen. Im Ergebnis muss mehr behindertengerechter, barrierefreier oder barrierearmer Wohnraum entstehen, als er bislang vorhanden ist.

Wir wollen die Ergebnisse der Wohnungsbaukonzeption 2010 in der Stadt Bremen in diesem Sinne umsetzen. In der kommenden Legislatur wollen wir den angestrebten Zuwachs an Wohneinheiten nach Möglichkeit durch Innenentwicklung oder Umnutzung von Brachen realisieren. Neben der Baulückenschließung und der Wohnbebauung in der Überseestadt, sehen wir in der Umwandlung von Teilen des Büro Parks Oberneuland für den Wohnungsbau eine klare Perspektive. Zudem wollen wir unsere Innenstädte durch die Ausweitung der Wohnflächen stärker beleben. Dabei wollen wir auch die Möglichkeiten der Umnutzung von innenstadtnahen Büro- und Gewerbeflächen für (barrierefreie) Wohnbebauung prüfen.

Unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind ein zentrales Instrument zur Attraktivierung unserer Wohnquartiere. Wir stehen zur GEWOBA und zur STÄWOG. Eine Privatisierung

wird es mit uns nicht geben. Zusammen mit der Wohnungswirtschaft wollen wir uns dafür einsetzen, den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden. Es geht um die Entwicklung im Bestand, z. B. mithilfe von Fahrstuhlprogrammen.

Der Erhalt und die Pflege der öffentlichen Grünflächen ist ein wesentlicher Punkt für die Attraktivität unserer Stadtteile. Auch die Flussufer der Weser müssen grundsätzlich für alle Menschen zugänglich sein und bleiben. Bei bislang geschlossenen Flächen ist anzustreben, sie wieder für die Gesamtbevölkerung zu öffnen. Die Kleingartengebiete haben eine wichtige soziale und ökologische Funktion. Wir wollen sie daher erhalten und weiterentwickeln.

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans in der Stadt Bremen muss zügig und vor allem bürgernah erfolgen. Wir wollen das Verfahren in der kommenden Legislaturperiode abschließen. Im Flächennutzungsplan sind die räumlichen Planungen der einzelnen Ressorts sinnvoll zusammenzuführen und alle Interessen ausgewogen zu berücksichtigen. Die frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunalpolitik „vor Ort“ und der Beiräte bei den Planungsprozessen ist eine unabdingbare Voraussetzung, um erfolgreiche Standortentwicklungspolitik und Infrastrukturmaßnahmen zu entwickeln. Politik und Verwaltung müssen diese Prozesse als Gewinn für die Gestaltung unserer Stadtgesellschaft begreifen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Mobilität und Verkehr

Ein gut ausgebauter Nahverkehr ist ein wesentlicher Bestandteil für die Lebensqualität in unseren Städten und in der Region. Daher haben wir in diesem Bereich investiert und werden dies auch zukünftig tun. Die Erweiterung des Netzes des schienengebundenen Nahverkehrs wird zu einem attraktiveren Angebot und zu einer verbesserten Anbindung des Bremer und Bremerhavener Umlands führen. Zu einem effektiven Nahverkehr gehört eine gute Abstimmung der beteiligten Verkehrsträger. Die Unternehmen müssen gleiche Sicherheitsstandards und Barrierefreiheit gewährleisten. Sie müssen gleiche oder kompatibel zu bedienende Fahrkartenautomaten einrichten bzw. diese gemeinsam nutzen. Auch müssen alle Fahrausweise dieser Gesellschaften auf allen ihren Strecken Gültigkeit haben. Die Fahrpläne sind aufeinander abzustimmen. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Bremen eng in das ICE-Netz der Deutschen Bahn eingebunden ist.

Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) und der Bremerhaven Bus (VGB) als leistungsstarke kommunale Verkehrsbetriebe langfristig sichern. Wir setzen auf den Ausbau unserer umweltfreundlichen Verkehrsinfrastruktur, auch um die Wohn- und Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven weiter zu verbessern. Wir werden uns für einen einheitlichen Tarif in Bremen im Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen(VBN) einsetzen. Das Stadtticket wollen wir weiter entwickeln.

Um die Wohn- und Lebensqualität zu erhöhen sowie die durch den Verkehr verursachten Emissionen zu vermeiden und die Menschen vor Lärm und Feinstaub zu schützen, werden wir uns weiter für umweltfreundliche Verkehrskonzepte stark machen. An der Einführung der dritten Stufe der Umweltzone in Bremen halten wir fest. Die Auswirkungen der Umweltzone sind zeit-

nah zu evaluieren. Wir wollen den Anteil umweltfreundlicher Fahrzeuge mit elektrischen Antrieben (Hybrid-, Batterie- und Brennstoffzellenfahrzeuge) im Land Bremen erhöhen. Unsere Gewerbegebiete müssen direkt an das überregionale Straßennetz angebunden werden. Die Überarbeitung des Lkw-Führungsnetzes ist mit der Zielsetzung abzuschließen, Lkws aus Wohngebieten herauszuhalten und überregionale Durchgangsverkehre zu verhindern. Zudem wollen wir die Weser als verbindendes Element zwischen Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven als Wasserstraße (Stichwort „Waterbus“) nutzen.

Eine gute Verkehrspolitik verbindet die wirtschaftlichen Interessen unserer beiden Städte mit den Interessen der Menschen. Wir halten an dem Ziel der schnellstmöglichen Schließung des Autobahnringes um Bremen fest. Die Vollendung des Autobahnringes ist das größte Infrastrukturprojekt unseres Landes. Mit der Fertigstellung der A 281 werden einerseits die angrenzenden Wohngebiete vom Durchgangsverkehr entlastet. Sie ist andererseits für die Wirtschaft und den Logistikstandort Bremen von größter Bedeutung. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum Bauabschnitt 2.2. der A 281 führt zu zeitlichen Verzögerungen, eröffnet aber auch Spielräume und Chancen. Ziel muss sein, die Planungen so abzuändern, dass sowohl Verbesserungen im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner erreicht werden als auch das Güterverkehrszentrum (GVZ) zeitnah an den Arster Zubringer angeschlossen werden kann. Darüber hinaus setzen wir uns für eine möglichst zeitnahe Realisierung der Bauabschnitte 4 und 5 ein.

Erst nach Fertigstellung des Autobahnringes werden wir prüfen, ob ein städtebaulich sinnvoller Rückbau von innerstädtischen Hochstraßen wirtschaftlich, finanziell und verkehrstechnisch realisierbar ist.

Bezüglich des Ausbaus der Cherbourger Straße (Hafentunnel) in Bremerhaven setzen wir uns für eine möglichst zügige Realisierung dieses wichtigen Projekts ein. Um Gütertransporte von den und in die Häfen Bremerhaven und Jade-Weserport auch in Zukunft reibungslos über die Schiene abwickeln und gleichzeitig die bremische Bevölkerung vor der Beeinträchtigung durch Lärm infolge des Gütertransports schützen zu können, werden wir nach Alternativen zum Gütertransport durch den Bremer Hauptbahnhof suchen und hierfür eine erste Machbarkeitsstudie zur Güterumgehungsbahn in Auftrag geben.

Wir wollen die Innenstädte Bremens und Bremerhavens weiter entwickeln und ihre Attraktivität steigern, auch indem wir sie als zentrale Einzelhandelsstandorte stärken. Sie müssen auch zukünftig für den Individualverkehr gut erreichbar bleiben. Eine City-Maut wird es mit uns nicht geben. Wir wollen aber genauso den Einzelhandel in den Stadtteilen und Wohnquartieren erhalten und nutzen.

Unser Mobilitätsmanagement wollen wir weiter stärken, z. B. durch die Einrichtung von Leihfahrradstationen an einzelnen Haltestellen der BSAG, Bike & Ride-Plätze, Fahrradtransportplätze in Straßenbahnen und mehr Carsharing-Stationen in der städtischen Peripherie.

Wir unterstützen die weitere Entwicklung des Flughafens, der für den Wirtschaftsstandort Bremen von besonderer Bedeutung ist.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen; Klima- und Umweltpolitik

Leitgedanken unserer Umweltpolitik sind ein nachhaltig schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen und eine auch am Schutz unserer Lebensqualität ausgerichtete Strategie zum Natur- und Hochwasserschutz.

Wir streben einen respektvollen Umgang mit der Natur an und wollen sie besser schützen. Eine artgerechte Haltung von Tieren gehört für uns genauso dazu wie der pflegliche Umgang mit der Pflanzenwelt. Die hohe Qualität vieler Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten in Bremen ist zu sichern. Die Maßnahmen zum Schutz stark gefährdeter Arten sind konsequent umzusetzen. Diese Maßnahmen sind in Biotopschutz-/Biotopverbundkonzepte einzubinden.

Der Grünlandgürtel Bremens hat eine große Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Es ist sicherzustellen, dass auch zukünftig Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes im Bremer Grünlandgürtel greifen und die Landwirte dafür angemessen honoriert werden.

Wir setzen uns weiterhin aktiv für die Interessen des Tierschutzes ein. Daher bekämpfen wir konsequent jede Form der Tierquälerei und setzen uns für die Vermeidung von Tierversuchen ein, wo immer es möglich ist.

Die zunehmenden Auswirkungen des weltweiten Klimawandels werden auch im Land Bremen spürbar. Die erhebliche Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes von Kraftwerken, Verbrennungsmotoren und Gebäudeheizungen ist unbestritten die wichtigste Maßnahme zum Schutz des Klimas. Dazu werden wir auch zukünftig unseren Beitrag leisten. Wir setzen weiterhin auf die Steigerung der Energieeffizienz, zudem werden wir den Wechsel zu den erneuerbaren Energien weiter beschleunigen.

Wir brauchen Energie für unsere wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie für ein gutes Leben der Menschen. Deshalb müssen wir für Bremen und Bremerhaven eine ausreichende Energieversorgung sicherstellen. Aus diesem Grund setzen wir auf den weiteren Ausbau regenerativer Energien. Wir wollen im Land Bremen die Windenergiebranche in Forschung, Entwicklung und Produktion weiterhin stärken.

Atomkraft ist keine saubere Energiequelle. Eine sichere Lösung für den Umgang mit Atommüll ist nicht in Sicht. Deswegen lehnen wir die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ab, die die Atomlobby mithilfe der schwarz-gelben Bundesregierung durchgesetzt hat. Wir werden weiterhin alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten ausschöpfen, den Transport abgebrannter oder wieder aufbereiteter Kernbrennstoffe über die bremischen Häfen zu verhindern.

Land und Stadtgemeinden haben ein ureigenes Interesse an einer Energieerzeugung vor Ort, damit die Energiepolitik im Interesse Bremens und Bremerhavens gestaltet werden kann. Das ist gut für Verbraucherinnen und Verbraucher, Klima und Beschäftigung im Land Bremen.

Wir wollen auch den Einfluss der Stadtgemeinden auf die Energie- und Wasserversorgung erhöhen. Deshalb wollen wir jetzt prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Wiederübernahme der Energie- und Wassernetze durch Bremen und Bremerhaven möglich ist. Wenn diese Prüfung ergibt, dass dies zu vertretbaren Bedingungen möglich ist, werden wir nach Auslaufen der Konzessionsverträge die Netze rekommunalisieren.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien können Land und Stadtgemeinde Bremen durch eigenes öffentliches Handeln einen wichtigen Beitrag leisten: bei der Energiebeschaffung, bei der energetischen Sanierung im eigenen Gebäudebestand und bei Neubauten. Hier haben wir Standards gesetzt, die bei öffentlichen Bauten auch künftig die Grundlage bilden.

Wir wollen prüfen, ob die Gründung einer kommunalen Gesellschaft zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere zur Errichtung und zum Betrieb von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Dächern, wirtschaftlich tragfähig und geeignet ist, den Anteil regenerativer Energieerzeugung in Bremen und Bremerhaven zu steigern.

Zusätzlich müssen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass auch im privaten Bereich die energetische Sanierung weiter vorangetrieben wird. Hier gilt es besonders die Interessen von Mieterinnen und Mietern im Blick zu behalten – sie haben ein besonderes Interesse an der Begrenzung der „zweiten“ Miete. Darum müssen wir das erfolgreiche Förderprogramm in Bremen fortführen, damit es im Zusammenspiel mit der Förderung durch die KfW Förderbank seinen größtmöglichen Nutzen entfaltet. Auch dies ist gut für Klima und Beschäftigung im Land Bremen.

Bremen ist Logistikstandort. Aber die Akzeptanz eines weiteren Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur hängt entscheidend von einer effektiven Lärmreduzierung ab. Wir stehen zur Fortführung und Weiterentwicklung von Lärmschutzmaßnahmen im Straßen-, Bahn- und Flugverkehr zum Schutz der Gesundheit und für die Lebens- und Wohnqualität der beiden Städte. Im Luftverkehr ist mit uns eine Erhöhung des Nachtfluglärms nicht machbar.

Das wachsende Verkehrsaufkommen aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Nordseehäfen soll aus unserer Sicht von der weiteren Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene begleitet werden. Deshalb sehen wir einen Schwerpunkt für effektiveren Lärmschutz an den Bahnstrecken, besonders an bestehenden Strecken, in Bremen und Bremerhaven. Eine effektive und nachhaltige Verbesserung des Lärmschutzes erfordert ein zielgerichtetes, vernetztes und gut koordiniertes Vorgehen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene sowie in direkten Verhandlungen mit der Deutschen Bahn.

Die kooperative Beteiligung aller Akteure, insbesondere die frühzeitige Beteiligung der Betroffenen, halten wir beim Lärmschutz für unverzichtbar. Wir fordern einen Lärmaktionsplan 2012, mit dem der Bahnlärm auch in Bremen und Bremerhaven im kommenden Jahrzehnt in konkret abufbaren Schritten halbiert werden kann.

Auf Bundesebene sollen die für den Lärmschutz verfügbaren Haushaltsmittel für die Regelsanierung erhöht werden. Die Pilotprojekte für Lärmschutz im Konjunkturprogramm II sollen fortgesetzt und auch die bremischen Bahnstrecken darin berücksichtigt werden. Ebenso ist Bremen an Modellprojekten für die von der EU-Kommission empfohlene Lärmkontingentierung zu beteiligen. Das Immissionsschutzgesetz muss zeitgemäß reformiert werden; u. a. muss der Erschütterungsschutz berücksichtigt werden und die Lärmsanierungswerte sind deutlich abzusenken. Die konsequente Umrüstung veralteter Güterwagen auf lärmarme Bremstechnik muss sofort beginnen. Dazu sind lärmabhängige Trassenpreise als ökonomischer Anreiz für den Einsatz lärmarmen Fahrzeuge unverzüglich einzuführen. Darüber hinaus ist eine Rechtsgrundlage für qualifizierte Geschwindigkeitsbeschränkungen für laute Züge zu schaffen.

Im direkten Dialog mit der Bahn und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung werden wir auf die beschleunigte Errichtung weiterer Lärmschutzwände und andere Lärmschutzmaßnahmen, die Sanierung von bremsischen Eisenbahnbrücken und eine verstärkte regelmäßige Gleissanierung hinwirken. Langfristig fordern wir von der Bahn konkrete Alternativen, um den Güterverkehr außerhalb von Wohngebieten zu führen und den Bremer Hauptbahnhof zu entlasten. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie für Güterumgebungsbahnen ist in Angriff zu nehmen.

Die Sammlung und Verwertung von Wertstoffen (Altpapier, Altglas, Altmetall, Verpackungen etc.) gewinnt immer mehr an wirtschaftlicher und ökologischer Bedeutung. Um dauerhaft zu gewährleisten, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Recycling-Erlösen profitieren, sprechen wir uns für eine einheitliche Organisation der Wertstoffsammlungen unter kommunaler Regie aus (kommunale Wertstofftonne). Wir wollen eine möglichst hohe Recyclingquote erreichen und damit einen maximalen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Regionale Kooperation

Sowohl die wirtschaftliche Dynamik als auch die Entwicklung von Verkehrs-, Naturschutz- und Siedlungsräumen orientieren sich immer weniger an engen Verwaltungsgrenzen. Mit der Entwicklung der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten, der engeren kommunalen Zusammenarbeit in den verflochtenen Räumen zwischen Bremen bzw. Bremerhaven und seinen jeweiligen Nachbarn und vor vielen Jahren schon mit dem Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen (VBN) ist darauf in den vergangenen Jahren reagiert worden. Diese politische Kooperation in der Region, aber auch zwischen den Bundesländern muss weiter entwickelt und erweitert werden. Das Land Bremen spielt hierbei mit seinen beiden regionalen Oberzentren Bremen und Bremerhaven eine entscheidende Rolle. Wir setzen uns dafür ein, dass Bremen und Bremerhaven der Motor für die Zusammenarbeit im Nordwesten bleiben.

Diese Zusammenarbeit wollen wir mit dem Ziel vertiefen, die Wachstumschancen des Nordwestens in allen Bereichen zu stärken. Wer regionale Zusammenarbeit als neuen Weg benutzt, um öffentliche Aufgaben zurückzuschneiden, Einrichtungen zu schrumpfen oder gar zu schließen und lediglich Kosteneinsparungen durchzusetzen, wird scheitern. Wir wollen bestehende Potenziale nutzen und durch Kooperation und Koordination im nationalen und europäischen Wettbewerb um die besten Infrastrukturleistungen, um Exzellenz in Forschung und Wissenschaft sowie um innovative Wirtschaftslösungen bestehen.

Ein entscheidender Faktor für erfolgreiche Entwicklungen im Nordwesten ist die Stützung der Anstrengungen durch die Länder. Der Abstimmung zwischen Bremen und Niedersachsen kommt eine besondere Bedeutung zu, aber auch das Zusammenwirken mit den anderen drei norddeutschen Ländern wollen wir weiter entwickeln. Im Vordergrund stehen Rahmensetzungen, um konkretes Zusammenwirken bis hin zur gemeinsamen Erbringung von Aufgaben und der Kooperation von Einrichtungen zu erreichen. Die Umsetzung wird in vielen Fällen auf der

kommunalen Ebene erfolgen, angefangen beim Bürgerservice über Infrastrukturangebote bis hin zu gemeinsamen Planungen.

Ebenso wichtig ist die Zusammenarbeit von Verbänden und Organisationen. Den Anfang machen die Industrie- und Handelskammern mit ihrem Nordverbund, der jetzt als Elbe-Weser-Region organisierte DGB, die Bemühungen der Handwerksorganisationen und die vertraglich fixierte Kooperation der Universitäten Bremen und Oldenburg. Der VBN zeigt, wie erfolgreich öffentliche Aufgaben durch einen entsprechenden Zweckverband verlässlich umgesetzt werden können. Von dieser realen gesellschaftlich-wirtschaftlichen und politischen Praxis her, in der sich die vordringlichen Kooperationsbedürfnisse bereits zum Ausdruck bringen, sind die bisherigen Strukturen, vor allem der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen (mit seiner Entwicklung eines Integrierten Regionalen Strukturkonzepts INTRA) sowie die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten fortzuentwickeln. Nachhaltig werden sich diese Ansätze nur entwickeln, wenn wir politisch geeignete und handlungsfähige Institutionen schaffen. Es wird Aufgabe der nächsten Jahre sein, die unterschiedlichen Akteure in projektübergreifenden dauerhaften Strukturen so zu vernetzen, dass über das einzelne Aufgabenfeld hinaus ein umfassenderer Ausgleich der regionalen Interessen themenübergreifend und kontinuierlich herbeigeführt werden kann. Hierfür bedarf es neuer, innovativer Formen und Strukturen, in denen die Vielfalt öffentlicher und privater, staatlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure über direkte Beteiligung und Interessenrepräsentation zu einem transparenten und multifunktionalen Netzwerk zusammengefügt und dieses handlungsfähig wird. Es ist neben geeigneten institutionellen Formen für die Zusammenarbeit auch sicherzustellen, dass die demokratische Legitimation regionaler Aktivitäten gestärkt wird.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

2. Die solidarische Gesellschaft – Miteinander leben!

Die Bekämpfung sozialer Spaltung, die Durchsetzung einer solidarischen Gesellschaft und die Schaffung gerechter Teilhabechancen sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zentrale politische Ziele. Niemand darf in Armut und einer prekären Lebenslage zurückgelassen werden. Alle Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven müssen umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Teilhabe ist mehr als die bloße Existenzsicherung. Sie umfasst auch ein selbst bestimmbares Leben, gute Bildungschancen und gute Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Wir haben in der zurückliegenden Legislaturperiode in Bremen wichtige politische Programme und Projekte einer sozialen Stadtpolitik auf den Weg gebracht. Einen der Schwerpunkte bildete die Förderung von Kindern: Die Kinderbetreuung wurde und wird qualitativ und quantitativ ausgebaut. Wir haben das Personal in den Kindertagesstätten verstärkt, das kostenlose Mittagessen für Kinder aus armutsgefährdeten Lebenslagen in den Kindertagesstätten und Horten eingeführt, die Sprachförderung in den Kindertagesstätten verstärkt, eine durchgehende Betreuung auch in den Ferien für alle Kinder umgesetzt und die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in allen Stadtteilen erheblich ausgebaut. Zugleich wurde der Kinderschutz

umfassend neu aufgestellt und reformiert, angefangen von der Einrichtung eines Kinder- und Jugendnotdienstes über eine Qualifizierungsoffensive der Fachkräfte bis hin zu einer Verbesserung der Kooperation zwischen den verschiedenen Diensten.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Stärkung der Stadtteile. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Ortsteilen und die Stärkung der Beteiligungsrechte der Ortsbeiräte durch das neue Beirätegesetz sind politische Meilensteine. Das bewährte Programm „Wohnen in Nachbarschaften“, welches maßgeblich zur Stabilisierung und Förderung benachteiligter Stadtteile beiträgt, wurde auf weitere Gebiete ausgedehnt. Mit dem Impuls-Programm und der Stiftung Wohnliche Stadt haben wir in Bremen wichtige Instrumente zur Stärkung der Stadtteile. Bremerhaven hat ein eigenes Programm Wohnen in Nachbarschaften aufgelegt. Dieses wollen wir trotz finanzieller Zwänge in den nächsten Jahren fortsetzen.

Mit unserer Politik für den Erhalt aller kommunalen Krankenhäuser haben wir wichtige Grundlagen für eine bedarfsgerechte, solidarische und qualifizierte Krankenhausversorgung in Bremen und Bremerhaven geschaffen.

Unseren bundespolitischen Einfluss haben wir genutzt für Initiativen gegen den Missbrauch von Leiharbeit und für die Einführung eines Mindestlohns. Gemeinsam mit anderen von der SPD politisch geführten Ländern ist es uns gelungen, ein Schulstarterpaket durchzusetzen, mithilfe dessen Kinder von Hartz-IV-Empfängern zusätzliches Geld für die Schulausstattung erhalten. Flankiert wurde dies von der Einführung eines Stadttickets im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und eines Kulturtickets zur Förderung kultureller Teilhabe.

Diese Politik der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Schaffung von Teilhabechancen möchten wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Wir wollen

- die Teilhabechancen und die soziale Integration aller Bürgerinnen und Bürger in den Ortsteilen durch eine soziale Stadtteilentwicklung stärken,
- den Ausbau der Kindertagesbetreuung fortsetzen und die Kinder- und Bildungsarmut bekämpfen, aber nicht nur um die soziale Benachteiligung zu überwinden, sondern auch um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern,
- uns weiterhin für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen und nach wie vor bestehende Benachteiligungen von Frauen abbauen,
- Bremen und Bremerhaven zu aktiven Bürger-Städten unter der besonderen Einbeziehung jüngerer und älterer Menschen sowie von Menschen mit Behinderungen entwickeln,
- die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit einem Migrationshintergrund erreichen,
- ein menschenwürdiges Existenzminimum für Alle mit Unterstützung des Bundes gewährleisten und
- für eine sozial gerechte und zukunftsorientierte Gesundheitspolitik und eine gute Pflege eintreten.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Soziale Stadtteilentwicklung

Für das Leben in einer Großstadt ist der Stadtteil der zentrale Ort, in dem gesellschaftliche Teilhabe, sozialer Zusammenhalt und Lebensqualität entstehen. Mit der sozialen Stadtteilentwicklung wollen wir dafür sorgen, dass die Stadtteile mehr politische Verantwortung erhalten und dort mehr demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger möglich wird. Regional, wirtschaftlich und sozial bedingte Nachteile einzelner Stadtteile und Wohnquartiere sollen möglichst ausgeglichen werden, um gleiche Teilhabechancen zu ermöglichen.

Ein wesentliches Instrument zur Erreichung dieser Ziele sind die nach dem neuen Beirätegesetz vorgesehenen Stadtteilplanungskonferenzen. Hier können von den Beiräten unter Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger, Gruppen und Institutionen Eckpunkte für ein soziales Stadtteilkonzept entwickelt und beschlossen werden. Wir wollen unter Einbeziehung dieser Eckpunkte ressortübergreifend soziale Stadtteilkonzepte aufstellen und sie mit den Beiräten abstimmen. Zu diesem Zweck ist in Bremen eine wirksamere Koordinierung zwischen den Senatsressorts notwendig. In den Konzepten muss die Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund einen besonderen Stellenwert haben.

Das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt – Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) für benachteiligte Wohnquartiere in Ortsteilen mit einem besonderen Entwicklungsbedarf wollen wir fortsetzen und weiterentwickeln. Gegen die vom Bund geplante Kürzung der Städtebau-Fördermittel werden wir uns entschieden zur Wehr setzen. Die bremischen Mittel im Bereich sozialer Stadtentwicklung werden wir weiterhin für diese Aufgabe einsetzen.

Wir wollen die Kinder- und Bildungsarmut in den Stadtteilen entschlossen bekämpfen. Kinder haben Unterstützungsbedarf in allen Phasen ihres Lebens. Die auf die Kinder und ihre Eltern bezogenen öffentlichen Institutionen (Quartierszentren, soziale Dienste, öffentliche Gesundheitsdienste, Kindertagesbetreuung, Grundschule usw.) müssen besonders in den benachteiligten Ortsteilen enger kooperieren und mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, den Familienhebammen und den in diesem Bereich tätigen Vereinen und Initiativen, insbesondere auch den Sportvereinen, zusammenarbeiten. Betreuungslücken müssen vorrangig in den von Kinder- und Bildungsarmut besonders betroffenen Stadtteilen beseitigt werden.

Quartiers-, Familien- und Bildungszentren erfüllen in den Ortsteilen für die soziale Integration wichtige Funktionen. Die bestehenden Zentren werden wir weiter entwickeln und fördern sowie ihre Vernetzung im Ortsteil/Wohnquartier mithilfe eines Standortkonzeptes verbessern. Wir treten für den Aufbau neuer Quartierszentren ein, wo sie besonders nötig sind. Als eine wesentliche Stütze der sozialen Stadtentwicklung haben sich auch die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften erwiesen. In Bremerhaven wollen wir die Stadtteilberatungsprojekte in Lehe, Grünhöfe und Leherheide mit ihren integrativen Konzepten weiterentwickeln und mit anderen Akteuren noch besser vernetzen.

Die Museen wollen wir stärker als außerschulische Lernorte für die Kinder aus benachteiligten Ortsteilen und Wohnquartieren nutzen und unterstützen.

Wir werden die mit dem Armuts- und Reichtumsbericht des Bremer Senats begonnene Berichterstattung über die Entwicklung der Lebenslagen in unserem Land fortsetzen, damit wir die

Wirksamkeit unserer Politik überprüfen und neuen sozialpolitischen Handlungsbedarf rechtzeitig erkennen können.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Sicherung des Kindeswohls – Ausbau und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung

Wir wollen die Entwicklung aller Kinder von Geburt an fördern, ihre Teilhabe und soziale Integration gewährleisten. Darum werden wir bei dem weiteren Ausbau der Kinderbetreuung den politischen Zielen der Förderung des Kindeswohls, der sozialen Integration aller Kinder und der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Geltung verschaffen. Steigende Anmeldezahlen im Bereich der Kindertagesbetreuung sind ein konkreter Erfolg unserer Sozialpolitik.

Wir treten deshalb dafür ein, dass die Kindertagesbetreuung in einem transparenten Verfahren ausgebaut und weiterentwickelt wird, und zwar insbesondere in den Stadtteilen, die es unter sozialen Gesichtspunkten besonders nötig haben. Sie müssen beim Ausbau Vorrang erhalten. Für die Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung wollen wir besonders in den benachteiligten Ortsteilen werben. Die vielfältige Trägerstruktur im Bereich der Kindertagesbetreuung hat sich bewährt. Dazu gehört für uns auch die Gewährleistung eines angemessenen Angebots an kommunalen Betreuungsplätzen.

Die Situation der einzelnen aufgenommenen Kinder ist im Rahmen individueller Förderung und bei der Personalbemessung zu berücksichtigen. Wir treten dafür ein, dass die Sprachförderung für Kinder bereits mit Eintritt in die Kindertagesbetreuung beginnt.

Kinder berufstätiger Eltern und Kinder Alleinerziehender sollen bei der Aufnahme gleich behandelt werden. Den verbesserten Betreuungsschlüssel und die Qualitätsstandards in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung wollen wir auch in Zukunft erhalten. Wir wollen die Aus- und Weiterbildung des Personals für die Kindertagesbetreuung verbessern, damit neuen Qualifikationsanforderungen entsprochen werden kann und ein Fachkräftemangel vermieden wird.

Den bundesgesetzlichen Rechtsanspruch auf Betreuung der 1- bis 3-jährigen Kinder werden wir umsetzen. Es müssen gemeinsame Strategien von Land und Städten zur Finanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung entwickelt werden. Wir wollen das erste Bundesland sein, das für 3- bis 6-jährige Kinder einen 6-stündigen Betreuungsanspruch festschreibt. Den Ausbau der ganztägigen Betreuung werden wir fortsetzen. Zugleich wollen wir die Betreuungszeiten stärker als bisher auf die individuellen Bedürfnisse zuschneiden. Unser Ziel ist es, berufstätigen Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, entsprechend den tatsächlichen Anforderungen im Erwerbsleben eine höhere Flexibilität zu ermöglichen. Der eingeführte kostenlose Mittagstisch für bedürftige Kinder, den wir in den Kindergärten und Horten umgesetzt haben, soll in der kommenden Wahlperiode schrittweise auf die Grundschulen ausgeweitet werden.

Politik für Kinder bedeutet auch, dem Kinderschutz eine hohe Priorität einzuräumen. Die in den letzten Jahren erfolgte Neuordnung des Kinderschutzes muss beibehalten und weiterentwickelt werden. Zentrales Element muss dabei die verstärkte Kooperation und Vernetzung des

Kinderschutzes mit dem Gesundheitssystem sowie mit den Kindertagesstätten und Schulen als den Regelsystemen zur Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen sein.

Ein Schwerpunkt im Kinderschutz muss die Weiterentwicklung des Systems früher Prävention bilden. Wir werden die verschiedenen Projekte – von den Familienhebammen über die verbindlichen Früherkennungsuntersuchungen bis hin zum Besuchsprogramm für Neugeborene – überprüfen, neu verzahnen und bei Bedarf weiterentwickeln.

Wir haben Kinderrechte in die Landesverfassung aufgenommen und setzen uns dafür ein, dass das Grundgesetz entsprechend ergänzt wird.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Politik für junge Menschen

Politik für junge Menschen muss darauf ausgerichtet sein, Chancengleichheit zu verwirklichen und Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft auszugleichen. Sie muss offen und transparent gestaltet sein, muss auf Jugendliche zugehen und dort stattfinden, wo diese sich aufhalten.

Benachteiligung von Jugendlichen drückt sich nicht nur in geringeren Bildungschancen und Einkommensarmut aus, sondern auch in eingeschränkten Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Neben einer guten Bildungspolitik brauchen wir daher Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind und auch Jugendlichen in sozial benachteiligten Stadtteilen Teilhabechancen und Entwicklungsmöglichkeiten geben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mehr Treffpunkte für Jugendliche geschaffen werden. Stadtteilbezogen müssen zukünftig die Angebote der Ganztagschulen und die Jugend-, Kultur- und Sportangebote stärker aufeinander abgestimmt werden, um Betreuungslücken zu schließen und Überschneidungen zu vermeiden. Die Finanzierung des Anpassungskonzepts für die Jugendarbeit in den Stadtteilen wollen wir sicherstellen.

Wir wollen politische Prozesse und Entscheidungen für Jugendliche nachvollziehbarer machen und sie insbesondere dort, wo ihre Belange betroffen sind, einbeziehen. Deswegen haben wir das Wahlalter auf 16 Lebensjahre gesenkt. Wir setzen uns darüber hinaus weiterhin für die Einrichtung von Jugendbeiräten ein, damit Jugendliche in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten haben.

Jugendverbände haben für uns einen hohen Stellenwert. Wir werden ihre Förderung weiterführen und ihre Möglichkeiten verbessern, Angebote in den Schulen machen zu können.

Für junge Menschen ist Mobilität von zentraler Bedeutung, um an den Aktivitäten ihres Freundeskreises teilnehmen zu können und nicht ausgegrenzt zu werden. Deswegen haben wir zunächst für Schülertickets den einheitlichen Tarif für Bremen-Nord und Bremen realisiert. Das Sozialticket für Kinder und Jugendliche muss attraktiver werden.

Wir wollen ein Konzept für sichere und diskriminierungsfreie Diskotheken-Besuche von Jugendlichen ab 16 Jahren entwickeln: Einlasskontrollen nach Hautfarbe oder Herkunft sollen in Bremen und Bremerhaven der Vergangenheit angehören. Die Diskotheken und Partymeilen sollen noch sicherer werden, damit das Feiern wirklich Spaß macht. Hierzu wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Jugendressort, Polizei und Betreibern weiter ausbauen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Gleichstellungspolitik

Damit Frauen eigenständig und selbstbestimmt leben können, brauchen sie in jeder Lebenslage ihre persönliche soziale und finanzielle Sicherung – unabhängig davon, ob sie alleine, in einer Partnerschaft, in einer Ehe, mit Kindern oder ohne Kinder leben.

Die Erwerbschancen von Frauen werden von mangelnden Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beeinträchtigt. Sie haben weitaus häufiger als Männer eine unsichere und nicht existenzsichernde Arbeit. Sie erzielen im Durchschnitt ein um ein Viertel geringeres Einkommen als Männer. Sie sind stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen und profitieren nicht im gleichen Maße wie Männer von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten. Wir werden unsere Unterstützungsprogramme besonders auf diese Zielgruppen ausrichten.

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik muss am Prinzip der sozialen und ökonomisch eigenständigen Existenzsicherung aller Erwerbsfähigen und damit auch an einer armutsfesten Alterssicherung für Frauen ausgerichtet werden. Mit gezielten Maßnahmen muss das Spektrum für Mädchen und junge Frauen bei der Berufswahl konsequent erweitert werden. Auch in der Sozial- und Steuerpolitik muss das Leitbild einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen das Ziel sein.

Um den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen, benötigen wir eine nachhaltige Politik der Unternehmen. Wir brauchen einen verbindlichen Fahrplan mit festen Zielgrößen, klar zugeordneten Verantwortlichkeiten und Sanktionsmechanismen. Zudem brauchen wir mehr Transparenz bei der Besetzung von Leitungsstellen und wir müssen dafür sorgen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer in allen Bereichen eines Unternehmens gewährleistet ist, um die Aufstiegsmöglichkeit von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen sicherzustellen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Politik für ältere Menschen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Bremen und Bremerhaven zu aktiven Bürgerstädten entwickeln und den älteren Menschen Teilhabechancen eröffnen, ihnen Beteiligungsmöglichkeiten bieten und die soziale Integration der zunehmenden Zahl älterer Menschen verstärken. Den demografischen Wandel wollen wir auch im Hinblick auf das mögliche

Entstehen von Altersarmut analysieren und den „Altenplan“ der Senatorin für Soziales weiterentwickeln.

In den Stadtteilen wollen wir die Schaffung einer seniorengerechten Infrastruktur fortsetzen. Öffentliche und private Dienstleistungsangebote (Post- und Bankfilialen, Briefkästen u. a.) müssen auf kurzen Wegen erreichbar sein. Wir wollen weitere barrierefreie Modellvorhaben für gemeinschaftliches, altersgerechtes und generationenübergreifendes Wohnen gefördert sehen. Dazu werden wir auch unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften nutzen. Die Aufstellung von Fitnessgeräten für ältere Menschen wollen wir an geeigneten Stellen in öffentlichen Räumen, auch im Rahmen von zu schaffenden Mehrgenerationenspielflächen, befördern. Die Arbeit der Begegnungsstätten wird maßgeblich durch ehrenamtliches Engagement getragen. Sie sind wichtig, weil sie wirksam der Gefahr der Vereinzelung der Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen vorbeugen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Arbeit fortgeführt wird.

Wir brauchen eine selbstbestimmte Interessenvertretung der Seniorinnen und Senioren. Wir werden deshalb die Seniorenvertretung weiter unterstützen und ihre Beteiligung an parlamentarischen Beratungsprozessen stärken. Um die Selbstbestimmungsmöglichkeiten zu stärken, werden wir darüber hinaus zusammen mit der Verbraucherzentrale eine Verbraucherschutzberatung für ältere Menschen aufbauen. Außerdem wollen wir die Heimaufsicht stärken und so auch das neue Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz umsetzen.

Der demografische Wandel muss begleitet werden durch eine Weiterentwicklung der Beratungsinfrastruktur und unterstützender Dienstleistungen. Die Dienstleistungszentren sind ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Infrastruktur. Die Modellprojekte aufsuchender Altenarbeit sollen verstetigt werden. Die Angebote für an Demenz erkrankte ältere Menschen sollen in Kooperation mit den Kliniken und anderen Einrichtungen verbessert werden. In diesem Zusammenhang ist es von besonderer Bedeutung, die Qualifizierung der Fachkräfte in der Alten- und Krankenpflege durch gemeinsame Aus- und Weiterbildung zu verbessern und durchlässiger zu gestalten, auch um einem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Politik für Menschen mit Behinderungen

Bremen verfolgt seit vielen Jahren eine soziale Politik zur Integration von Menschen mit Behinderungen, die bundesweit Anerkennung findet. Wir treten weiterhin für die konsequente Umsetzung des Inklusionsgebotes in den Kindergärten und Schulen ein sowie für Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrssystemen.

Die neue UN-Behindertenrechtskonvention fordert eine Politik der Inklusion, die die Wertschätzung und Vielfalt aller Menschen betont und besonders die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen einfordert. Dieser Anforderung wollen wir uns stellen, indem wir zur Umsetzung der UN-Konvention im Land Bremen in enger Kooperation mit dem Landesbehindertenbeauftragten, dem Behindertenparlament, mit Initiativen von Betroffenen sowie den Leistungserbringern einen Aktionsplan erarbeiten.

Wir wollen die stationären und ambulanten Wohnangebote für behinderte Menschen weiter entwickeln. Wir legen Wert auf kleinräumige Angebote und setzen dabei auch auf die Kooperation mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Den Anteil ambulanter Wohnformen wollen wir deutlich erhöhen.

Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben mit dem Ziel fördern, sie in den allgemeinen Arbeitsmarkt einzugliedern. Dieses wollen wir durch eine konzentrierte Aktion von Politik und Wirtschaft, durch Integrationsprojekte gerade auch im Einflussbereich des Landes Bremen, durch die Nutzung neuer Projekte und Maßnahmen sowie bundesgesetzliche Initiativen erreichen. Wir wollen Integrationsbetriebe verstärkt fördern und dafür auch die Werkstatt Bremen nutzen.

Die Einführung des persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen wollen wir durch die Einbeziehung der Behindertenverbände und die Umsetzung einer qualifizierten Budgetberatung und -assistenz unterstützen. Die Angebote zur Betreuung älterer Menschen mit Behinderungen wollen wir vor allem in der Tagesform weiter entwickeln.

Wir treten für die vorausschauende Weiterentwicklung behindertengerechter Zugänge und die Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen ein, und zwar insbesondere auch im öffentlichen Raum und in öffentlichen Einrichtungen. Wir werden darauf achten, dass Planungen der Verwaltung sich konsequent an die rechtlichen Vorgaben der Barrierefreiheit halten.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund sichern

Es sind vor allem die Großstädte, in denen sich entscheidet, ob in Deutschland die Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund gelingt oder ob Zuwanderer an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. In Bremen haben mehr als 25 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner einen Migrationshintergrund, in Bremerhaven sind es mehr 20 Prozent. Ein großer Teil von ihnen wurde in Deutschland geboren und/oder hat sich einbürgern lassen. Zuwanderer leben in allen Stadt- und Ortsteilen, ihr Anteil an der Bevölkerung ist aber an einigen Stellen besonders hoch.

Zuwanderung bringt kulturelle Vielfalt in unsere Städte. Viele Migrantinnen und Migranten sind vollständig in unsere Gesellschaft integriert. Andere benötigen Anregung und Unterstützung, um ihr Leben erfolgreicher gestalten zu können. Menschen mit Migrationshintergrund unterliegen einem deutlich höheren Armutsrisiko als die deutsche Bevölkerung. Dies gilt besonders für Kinder und Jugendliche, Arbeitslose sowie ältere Menschen.

Bis zum Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes 2005 befanden sich die Großstädte in einer zwiespältigen Lage. Sie waren das bevorzugte Ziel von Zuwanderung, ohne über wirksame Mittel für eine soziale und integrative Einwanderungspolitik zu verfügen. Seitdem Deutschland durch das Zuwanderungsgesetz zum formalen Einwanderungsland wurde, wird die Zu-

wanderung nun stärker als eine Chance gesehen, dem Rückgang und der Alterung der deutschen Bevölkerung zu begegnen.

Erfolgreiche Integration stellt allerdings auch Anforderungen an die Migrantinnen und Migranten. Das gilt zuallererst für den Erwerb der deutschen Sprache, denn dies ist der Schlüssel für die gesellschaftliche Teilhabe, die Wahrnehmung von Lebenschancen, für den Erwerb von Bildung, eine Erwerbstätigkeit und den Erfolg im Beruf. Es gilt, gemeinsam in wechselseitiger Akzeptanz und kritischer Auseinandersetzung unser Gemeinwesen fortzuentwickeln. Dazu muss unsere Gesellschaft aufgeklärte Toleranz und Änderungsbereitschaft entfalten.

Integrationspolitik kann sich also nicht auf einzelne Politikfelder beschränken. In fast allen Politikfeldern bestehen Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten, um die Benachteiligung von Zuwanderern zu verhindern, mehr Teilhabe zu ermöglichen und Diskriminierung abzubauen. Deswegen nennt das ressortübergreifende Integrationskonzept des Bremer Senats 2007–2011 bereits als Leitbilder die „Integration durch Sprache und Bildung, durch Ausbildung, Weiterbildung, Beschäftigung und Selbstständigkeit, durch soziale Stadtentwicklung und Förderung des sozialen Zusammenlebens, durch interkulturelle Öffnung und durch Partizipation und bürgerschaftliches Engagement“.

Dieses Integrationskonzept wollen wir als SPD im Land Bremen weiter entwickeln. Das neue Konzept soll umfassende Maßnahmen zur Sprachförderung, sowohl für Erwachsene als auch für Kinder und Jugendliche, in den Kindertagesstätten und Schulen enthalten, die so früh wie möglich beginnen.

Besonders große Herausforderungen stellen sich im Bildungsbereich. Spezielle Förderangebote sollen den Schulen dabei helfen, dass die sehr hohe Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss deutlich reduziert wird.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt muss besonders unterstützt werden, weil sie in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Auf Basis der „Bremer Vereinbarung“ werden wir uns mit den Unternehmen gemeinsam darum bemühen, die Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten zu erhöhen. Erwerbslose mit Migrationshintergrund benötigen spezielle Qualifizierungsangebote. Darauf werden wir bei der Vergabe der Mittel für Arbeitsmarktpolitik achten. Unternehmensgründungen durch Migrantinnen und Migranten wollen wir durch gezielte Unterstützung fördern. Wir setzen uns für eine umfassendere Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse ein. Durch eine entsprechende Personalentwicklung wollen wir den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöhen, auch um dadurch die Entwicklung interkultureller Kompetenz zu fördern. Insbesondere wollen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund an unseren Schulen, als Vorbilder und als Experten. Wir setzen uns weiter dafür ein, die Ausbildungsquote von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst zu erhöhen.

Soziale Dienstleistungen werden schon jetzt stärker auf spezifische Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten ausgerichtet, das soll fortgesetzt werden. Insbesondere im Gesundheitsbereich und bei der Versorgung älterer Menschen werden wir darauf hinwirken. Ziel unserer Stadtentwicklung ist, dass jede Form von Segregation vermieden wird. Menschen mit und

ohne Migrationshintergrund sollen in allen Stadtteilen gleichermaßen gemeinsam wohnen und leben können.

Integration braucht ein gesichertes Aufenthaltsrecht für die Betroffenen. Deswegen haben wir die Zahl der Kettenduldungen deutlich reduziert und gut integrierten Kindern bundesweit einmalige Aufenthaltsperspektiven eröffnet. Wir wollen zur Einbürgerung ermuntern und dafür dezentrale Beratung sicherstellen. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Reduzierung der Mittel für Integrationskurse zurückgenommen wird.

Demokratische Partizipation hat eine zentrale Bedeutung für gelungene Integration. Es ist gut, dass so viele Menschen mit Migrationshintergrund auf unserer Liste für die Bremische Bürgerschaft und andere politische Gremien kandidieren. Wir werden Migrantinnen und Migranten weiter ermuntern sich zu engagieren: in Elternvereinen, Stadtteilgruppen, Verbänden und vielen anderen Bereichen. Wir setzen uns für die Entwicklung von besonderen lokalen Integrations- und Beteiligungskonzepten in den Ortsteilen ein, die einen hohen Anteil von Menschen mit einem Migrationshintergrund aufweisen. Der Rat für Integration übernimmt bei der Entwicklung und Umsetzung eine wichtige Rolle. In der Bremischen Bürgerschaft werden wir die Einsetzung einer Enquetekommission „Integration“ vorschlagen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Menschenwürdiges Existenzminimum und soziale Grundsicherung

Die Überwindung der sozialen Spaltung, von Kinder- und Bildungsarmut sowie von materieller Armut ist eine Aufgabe aller staatlichen Ebenen und kann nicht allein durch die Kommunen oder die Länder erfolgen. Die soziale Grundsicherung und die Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen sind zentrale Aufgaben des Bundes.

Nach der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ergibt sich aus der Achtung der Menschenwürde und dem Sozialstaatsgebot das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Dieses Grundrecht umfasst für die Betroffenen nicht nur die materielle Existenzsicherung, sondern auch ein Mindestmaß an Beteiligung am kulturellen und politischen Leben. Die Politik der schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene wird diesen verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht gerecht. Dies gilt insbesondere auch für die Festlegung der Regelsätze im Rahmen der Grundsicherung. Die Bremer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kritisieren, dass sich die Bundesregierung hier wie auch an vielen anderen Stellen aus ihrer sozialen Verantwortung stiehlt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund einen höheren Anteil an den Kosten der Unterkunft trägt, den Ausbau der Kindertagesbetreuung stärker als bisher finanziell unterstützt, neue Förderprogramme für Ganztagschulen auflegt und die Essensversorgung der Kinder in der Kindertagesbetreuung und in Schulen finanziell gewährleistet.

In Bremen und Bremerhaven werden wir unsere rechtlichen Handlungsspielräume nutzen, um die Arbeit der Träger der Grundsicherung weiter zu optimieren. Wir werden die Einrichtung

eines Ombudsgremiums zur außergerichtlichen Streitschlichtung prüfen, um die Bürgerfreundlichkeit von Entscheidungen zu verbessern und ihre Akzeptanz bei den Betroffenen zu erhöhen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Für eine solidarische und gerechte Gesundheitspolitik

Wir lehnen die unsoziale und ungerechte Gesundheitspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung ab, weil sie nur zulasten der kleinen und mittleren Einkommen betrieben wird. Ein sozialdemokratisch geführter Bremer Senat wird sich auf Bundesebene entschieden gegen einen radikalen Systemwechsel im Gesundheitswesen und gegen die geplante Privatisierung von Krankheits- und Pflegerisiken wenden. Auch das GKV-Finanzierungsgesetz lehnen wir ab und bekämpfen jede Form von Kopfpauschalen und Zusatzbeiträgen. Wir sprechen uns gegen Zentralisierungsversuche der Bundesregierung in der Krankenhauspolitik mithilfe Einführung bundesweiter Fallpauschalen aus.

Wir fordern im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und Versicherten

- den Erhalt und die Weiterentwicklung der solidarischen und paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung (GKV),
- die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die auch die Pflegeversicherung umfasst,
- wirksame Gesetze zur Prävention und zur Gesundheitsförderung und mehr Rechte für Patientinnen und Patienten durch ein bundesweites Patientengesetz.

Damit die Qualität der Krankenhausversorgung verbessert werden kann, sind auf Bundesebene dringend gesetzliche Regelungen nötig

- für die Übernahme der Kosten aus Tarifverträgen und anderer unabweisbarer Kostensteigerungen und
- für die Personalbemessung der Krankenhäuser, verbindliche Standards und eine gesicherte Finanzierung.

Unter der politischen Verantwortung der SPD ist im Land Bremen eine erfolgreiche Krankenhaus- und Gesundheitspolitik betrieben worden. Bremen und Bremerhaven bieten ihren Bürgerinnen und Bürgern und der Region leistungsstarke Krankenhäuser mit einer flächendeckenden Versorgung. Die SPD wird die weitere wirtschaftliche Entwicklung der kommunalen Kliniken im Verbund der Gesundheit Nord und in Bremerhaven (Klinikum Reinkenheide) unterstützen und das jeweilige medizinische Profil der einzelnen Kliniken stärken. Wir wollen die Selbstständigkeit der Klinikstandorte im Rahmen der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunftssicherung aller kommunalen Krankenhäuser gewährleisten. Dabei werden wir darauf achten, dass die hohe Qualität der Behandlung nicht durch betriebswirtschaftliche Maßnahmen gefährdet wird und die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen weiterhin eingebunden werden. Die kommunale Trägerschaft dieser Kliniken ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb lehnt die SPD einen Verkauf an andere Träger entschieden ab.

Wir setzen uns dafür ein, dass Maßnahmen gegen den drohenden Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich ergriffen werden. Dafür ist es nötig,

- die Aus- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe zu verbessern und
- die Arbeitsteilung zwischen den Ärzten und den anderen Gesundheitsberufen zu überprüfen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Pflegestützpunkte im Land Bremen erhalten und bedarfsorientiert weiterentwickelt, die geriatrische Versorgung in den Krankenhäusern des Landes Bremen sichergestellt sowie eine nahtlose Versorgung aller Patientinnen und Patienten über alle Versorgungssektoren hinweg zu gewährleisten wird.

Wir setzen uns für eine neue Phase der Psychiatriereform ein, orientiert an den Leitgedanken und Zielen des neuen Landespsychiatrieplans. Besonders dringlich ist die Einrichtung einer stationären Entwöhnungsbehandlung.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Krankenkassen, Pflegeheime und niedergelassene Ärzte in das bestehende Netzwerk zur Eindämmung und Bekämpfung von Infektionen, die mit Antibiotika kaum zu beherrschen sind (MRSA-Netzwerk), eingebunden werden. Die Hygienebestimmungen in den Krankenhäusern sind an neue Anforderungen anzupassen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

3. Von Anfang an – ein Leben lang: Gute Bildung für alle

Die Schulreform stand im Mittelpunkt der Bildungspolitik der vergangenen vier Jahre. Nach einem ausführlichen Beteiligungsprozess mit der Einbeziehung von Schulen, Beiräten, Lehrkräften und Eltern haben wir einen Schulentwicklungsplan für die qualitative Umgestaltung des Schulsystems auf den Weg gebracht. Wir haben darin die Merkmale einer guten Schule beschrieben und setzen diese Stück für Stück um.

Auf der Grundlage unserer Beschlüsse haben wir mit der Opposition den Bremer Schulkonsens verabredet. Wir haben damit einen Schulfrieden für 10 Jahre erreicht, um den uns viele Bundesländer beneiden. Dies bietet den Schulen in ihren Reformprozessen politische Verlässlichkeit.

Mit der Einführung der Oberschule gehen künftig 80 Prozent der Kinder in Bremen in eine gemeinsame Schule. Damit sind wir unserem Ziel, eine Schule für alle Kinder zu entwickeln, deutlich näher gekommen.

Wir wollen mit unserer Bildungspolitik auf die zentralen Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung Antworten geben. Armut ist weiterhin das größte Bildungsrisiko – und umgekehrt birgt eine schlechte Schulbildung ein großes Armutsrisiko. Dabei wissen wir, dass Bremen und Bremerhaven als Großstädte vor größeren Herausforderungen stehen als Flächenstaaten wie z. B. Bayern. Armutsrisiken konzentrieren sich in besonderem Maße in den großen

Städten. Auf die betroffenen Schülerinnen und Schüler müssen sich unsere Maßnahmen in den nächsten vier Jahren besonders konzentrieren. Sie brauchen mehr Lernzeiten, besondere Fördermaßnahmen und auch Spezialtraining, zum Beispiel in Oster-, Sommer- oder Herbstcamps.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

In guten Schulen hängt Bildungserfolg nicht vom Einkommen ab

Wir wollen die Abhängigkeit des Schulerfolgs vom Elternhaus verringern. In einem inklusiven Schulsystem heißt das, der Unterricht muss sich auf die Vielfalt und Individualität der Kinder im Lerntempo, in seiner Methode und seinen Inhalten einstellen. Der Unterricht muss die Kinder fördern und an ihre Leistungsgrenzen heranführen. Für ein lernförderliches Klima und kleine Klassen haben wir bereits gesorgt, jetzt geht es um mehr Arbeits- und Übungszeiten und ein gesundes Mittagessen.

Deshalb brauchen wir mehr ganztägiges Lernen. In den letzten vier Jahren haben wir in Bremen und Bremerhaven die Ganztagsplätze im Grundschul- und im Sekundarbereich I erheblich ausgebaut.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Eine gute Schule baut früh Brücken und verzahnt die Förderangebote

Unsere Kinder brauchen eine frühe Förderung und ein eng verzahntes öffentliches Bildungsangebot. Die von uns bereits eingeführte verbindliche Sprachförderung wird darin eine wichtige Rolle spielen.

Jetzt gilt es, die Zusammenarbeit zwischen Elementar- und Primarbereich, also zwischen Kindertagesbetreuung und Grundschule, auszubauen. Der gemeinsame Bildungsplan, die Arbeit in Quartiers- und Familienbildungszentren sowie die Intensivierung der Elternberatung im frühen Kindesalter sind hier die wichtigsten Bausteine.

Der Elementarbereich als erster und grundlegender Bildungsbereich für das Kind braucht hochwertig ausgebildete und vor allem genügend Fachkräfte. Wir wollen deshalb die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher aufwerten, damit sich die Erzieherinnen und Erzieher über die Fachhochschule und den Bachelor für Elementarpädagogik für die Grundschullehrerausbildung weiterqualifizieren können.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Eine gute Schule fördert Vielfalt

Unsere Gesellschaft ist kulturell vielfältig. Bereits jetzt haben etwa 50 Prozent der Kinder im Kindergartenbereich einen Migrationshintergrund. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Deshalb haben wir im Schulgesetz nicht nur verpflichtend einen Sprachtest ein Jahr vor der Einschulung vorgesehen, sondern auch verpflichtende Förderung vor und, wenn nötig, auch nach der Einschulung. Alle Einzelmaßnahmen der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden systematisch neu bewertet. Der Entwicklungsplan Migration und Bildung wird außerdem Förderempfehlungen enthalten, die wir in den kommenden vier Jahren umsetzen wollen. Dazu gehören auch die Förderung der Mehrsprachigkeit und die Verbesserung des muttersprachlichen Unterrichts.

Vielfältig geworden sind auch die religiösen Hintergründe der Familien, aus denen die Kinder und Jugendlichen kommen. Daher wollen wir in einem Beirat bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft mit den großen Religionsgemeinschaften den Biblischen Geschichtsunterricht auf der Grundlage unserer Verfassung weiterentwickeln. Damit soll ein Unterrichtsangebot für Kinder entstehen, das bei den Eltern unterschiedlicher religiös-weltanschaulicher Prägung mehr Akzeptanz findet und das gegenseitige Verständnis wie die eigene Identität in den Mittelpunkt stellt.

Darüber hinaus setzen wir uns für Vielfalt des Unterrichtsangebots ein. Stunden für Fächer wie zum Beispiel Politik, Sport, Darstellendes Spiel und Musik dürfen nicht zugunsten von Kernfächern verringert werden. Auch diese Fächer tragen einen wichtigen Teil zur umfassenden Entwicklung junger Menschen bei.

Die Bedeutung von Bewegung, Spiel und Sport ist in den letzten Jahren aufgrund verschiedener Problemlagen gestiegen: veränderte Lebensverhältnisse, alltägliche Belastungen und soziale Probleme stellen große Herausforderungen für Kinder und Jugendliche dar. Sportliche Aktivitäten können dazu beitragen, dass schwierige Lebensverhältnisse besser bewältigt werden. Der Schulsport bietet die einmalige Chance, eine umfassende Handlungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler aufzubauen: weil Bewegung, Spiel und Sport in pädagogischer Verantwortung inszeniert und reflektiert werden können.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Auf eine gute Schule kann man sich verlassen

Das Ganztagsschulprogramm soll weitergeführt werden. Dabei wollen wir weiter gebundene Ganztagschulen mit mehr Lehrerstunden und sozialpädagogischem Personal aufbauen und die bestehenden Ganztagschulen in ihrer Ausstattung verbessern. In Bremen und Bremerhaven gehen im Grundschulbereich knapp ein Viertel der Kinder in Ganztagschulen. Ferner besucht die Hälfte aller Bremer sowie ein Viertel der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in Bremerhaven eine Ganztagschule. Ganztägiges Lernen an Grundschulen ist verbunden mit einem – für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen kostenfreien – Mittagessen. Darüber hinaus gibt es Grundschulen, die einen Mittagstisch im Rahmen eines Hortangebots oder von Elternprojekten anbieten.

Wir wollen das Angebot eines Mittagstisches und einer zweistündigen Arbeits- und Übungszeit bis 15 Uhr in verlässlichen Grundschulen prüfen. Diese *Verlässliche Grundschule PLUS* kann ein sinnvolles Angebot zur Ergänzung unserer Schulentwicklung sein.

Die Oberschulen werden als Jahrgangsteamschulen entwickelt, weil so ein festes Lehrerteam den schulischen Werdegang der Kinder der Jahrgänge 5 bis 10 begleitet. Auch Gymnasien können sich für dieses Modell entscheiden.

Oberschulen und Gymnasien haben den Auftrag, Kinder, die sie aufgenommen haben, mindestens bis zu ihrem ersten schulischen Abschluss zu begleiten. So wird pädagogische Kontinuität für einen guten Bildungsweg des Kindes hergestellt, möglichst bis zum Abitur nach 13 oder 12 Jahren.

Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien benötigen für ihre Aufgaben einen Personalmix und mehr Kooperationszeiten für eine gute Zusammenarbeit sowie gut aus- und fortgebildetes Personal. Durch qualifizierte Sonderprogramme werden wir dem Lehrermangel in den mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Fächern entgegenwirken.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Eine gute Schule lässt kein Kind außen vor

Wir wollen gemeinsames Lernen. Die UN-Konvention hat hier einen neuen Impuls gesetzt, den unser Schulgesetz aufgenommen hat. Bundesweit erstmalig gibt es bei uns ein Wahlrecht für Eltern behinderter Kinder. Wir wollen die Inklusion Schritt für Schritt umsetzen, bis alle Kinder einen Platz in der allgemeinbildenden Schule haben. Dazu bedarf es eines Unterstützungssystems, um Inklusion möglich zu machen. Mit dem sukzessiven Abbau der Förderzentren werden in den allgemeinbildenden Schulen Zentren für unterstützende Pädagogik aufgebaut. Diese sind für den gesamten Förderbereich der Schule zuständig, für die sonderpädagogische Förderung genauso wie für die Lese-Rechtschreib-Förderung und auch für die Hochbegabtenförderung.

Für die Beratung von Schülern und Eltern, für die Diagnostik, die Schulpsychologie und die Zusammenarbeit mit Jugendhilfe, Gesundheit und anderen Institutionen sind künftig regionale Beratungs- und Unterstützungszentren zuständig. Diese sollen mit den Quartiers- und Familienbildungszentren den sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen und Quartieren stärken. Wir wollen dort insbesondere die Bildungsangebote für Kinder und Familien an einem Ort bündeln und sie auf ihrem Bildungsweg besser unterstützen.

Als dritte Einrichtung für Schülerinnen und Schüler, die auf ihrem schulischen Weg enger begleitet werden müssen, gibt es die Werkschule von Klasse 9 bis 11. Die Jugendlichen bekommen hier durch praktisches Lernen eine Chance, ihre Berufsbildungsreife zu erwerben, wenn sie sich um diesen Bildungsweg an einer berufsbildenden Schule bewerben.

Es gilt der Grundsatz: Eine inklusive Schule bemüht sich selbst um alle ihre Schüler. Keine aufgenommenen Schülerinnen und Schüler müssen die Schule verlassen, es sei denn ihre Eltern wollen einen Schulwechsel oder sie sind wegen ihres Sozialverhaltens nicht mehr tragbar für die Klasse oder die Schulgemeinschaft.

Inklusive Schulen bemühen sich intensiv um Schülerinnen und Schüler mit besonderen Problemlagen. Wir wollen mit der „Offensive: Bildungsstandards“ diesen Schülerinnen und Schülern helfen, ihr Leistungsniveau zu verbessern und sie als ersten Schritt auf den Mindeststandard des Bundesländerniveaus bringen. Dazu muss sich die Unterrichtspraxis an den bundesweiten Bildungsstandards in allen Schularten und Jahrgängen orientieren.

Mit der bremischen Schulreform wollen wir ein anregendes Lernklima in den Schulen schaffen und die Unterrichtsqualität verbessern. Durch eine gezielte Unterrichtsentwicklung und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler sollen die Lernergebnisse deutlich gesteigert werden, um ihnen die Voraussetzung für einen möglichst hochwertigen Abschluss zu geben.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Eine gute Schule benötigt eine gute Ausstattung und faire Arbeitsbedingungen

Sinkende Schülerzahlen im Lauf der nächsten Jahre bieten die Chance, in den künftigen Jahren Qualitätsverbesserungen für unser Bildungssystem durchzusetzen. Daher werden wir finanzielle Spielräume, die durch sinkende Schülerzahlen in den kommenden Jahren entstehen, nutzen, um die Schulreform weiter erfolgreich umzusetzen. Nur so wird es gelingen, eine angemessene Ausstattung bei der Umsetzung der Inklusion zu sichern, die Ganztagsentwicklung fortzusetzen oder die Oberschulen weiter aufzubauen.

Nach dem Vorbild der berufsbildenden Schulen wollen wir den allgemeinbildenden Schulen mehr Eigenverantwortung und Handlungsspielräume geben. Die Mittelzuweisung soll wie bereits bei den Klassenfrequenzen und Förderbudgets nach Sozialindikatoren erfolgen.

Die Arbeitsbedingungen des Personals, das bei anderen Trägern (Schulvereine) arbeitet, sollen verbessert und die Elternvereine entlastet werden. Die Arbeitsbedingungen von Schulleitungen und anderen Funktionsstelleninhabern werden künftig transparent berechnet und verlässlich zugewiesen.

Der Umbau zu einem inklusiven Schulsystem erfordert bis zur Umwandlung aller Förderzentren laufend mehr Schülerplätze im allgemeinbildenden System und verringert in Stadtteilen mit hoher Nachfrage die Plätze für nicht behinderte Kinder.

Wir benötigen deshalb ein Schulbauprogramm, das sowohl Sanierung als auch Erweiterung und Modernisierung umfasst. Es soll zum Beispiel in Gröpelingen und anderen Stadtteilen mit stabilen Schülerzahlen und anhaltend fehlenden Schulplätzen eine weitere Oberschule errichtet werden.

Zudem erfordert die neue Bremer Schulstruktur die fachlich und didaktisch exzellente Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Mit der Verabschiedung des Bremischen Lehrerausbildungsgesetzes 2010 haben wir dafür die Voraussetzungen geschaffen. Die neu eingeführten eigenständigen Lehrämter für die Grundschule und für die Oberschule/Gymnasium müssen jetzt inhaltlich gefüllt werden. Für die Ausbildung der Lehrkräfte der Oberschulen muss ein spezifisches Kompetenzprofil entwickelt werden, das die Anforderungen der Heterogenität von Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern positiv aufgreift.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Gute Ausbildung hat Priorität

Eine qualitativ hochwertige Erstausbildung ist der wesentliche Grundstein für ein erfolgreiches Berufsleben. Deswegen gilt für uns: Jeder Schulabgängerin und jedem Schulabgänger muss ein Ausbildungsplatz angeboten werden. Gemeinsam mit den Tarifpartnern werden wir deshalb die Bremer Vereinbarungen fortführen mit dem Ziel, das Angebot an Ausbildungsplätzen kontinuierlich zu steigern. Hier ist vor allem die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen.

Durch eine verbesserte Berufsorientierung wollen wir den direkten Übergang von der Schule in die Ausbildung unterstützen. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler auf den Übergang in die Ausbildung gut vorbereitet werden und ihre Suche nach dem richtigen Ausbildungsplatz durch Praktika und Berufswahlpass unterstützt wird. Wir wollen die vorbildlichen Kooperationen, z. B. mit dem Alfred-Wegener-Institut und der Universität Bremen, weiter ausbauen.

Gleichzeitig brauchen auch diejenigen eine Perspektive, die bisher vergeblich versucht haben einen Ausbildungsplatz zu finden. Wir streben an, allen sogenannten Altbewerbern in der kommenden Legislaturperiode einen Ausbildungsplatz anzubieten. Hierbei kommt auch der vollzeitschulischen Ausbildung eine wichtige Rolle zu, wenn sie den Übergang in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Soweit sich vollzeitschulische Bildungsgänge als bloße Warteschleifen erweisen, wollen wir sie Zug um Zug abbauen.

Die berufsbildenden Schulen und die Betriebe haben als Kooperationspartner im dualen Ausbildungssystem eine zentrale Rolle. Wir wollen mehr Lernortkooperation und Werkstätten für einen zeitgemäßen Praxisunterricht.

Die gemeinsame Aufgabe der dualen Partner wird es in den nächsten Jahren sein, dem Fachkräftemangel entgegenzuarbeiten. Dabei wollen wir helfen und rechtzeitig mit einer MINT-Initiative in den Schulen das Interesse an der Mathematik, der Informatik und den Naturwissenschaften bei Jugendlichen wecken, um junge Männer und besonders Frauen für die technischen Berufe und Studiengänge zu gewinnen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Weiterbildung stärken

Neben einer guten Schulbildung und einer qualifizierten Ausbildung kommt der Weiterbildung eine immer größere Bedeutung für den Einzelnen und für die Gesellschaft zu. Lebenslanges Lernen steht in engem Zusammenhang mit gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Beteiligung. Weiterbildung sichert die Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern während ihres Berufslebens und stärkt damit Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Weiterbildung schafft zudem die Chance, aus dem Teufelskreis von Bildungsarmut und sozialer und gesundheitlicher Benachteiligung auszubrechen.

Die Weiterbildungsquote im Land Bremen liegt bisher bei gut 40 Prozent. Qualifizierung wird in stärkerem Maße von höher qualifizierten Beschäftigten wahrgenommen, geringer qualifizierte Beschäftigte, Frauen und auch Migranten sind benachteiligt. Unser Ziel ist es, die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen und vor allem Zugänge für diejenigen zu schaffen, die bisher in geringerem Maß an Bildung teilhaben. Dazu wollen wir die Kompetenzen des Landesausschusses für Weiterbildung nutzen.

Zur Chancengleichheit im Bildungsbereich gehört auch die Möglichkeit, im Berufsleben erworbene Kompetenzen durch ein Hochschulstudium zu erweitern und sich damit neue berufliche Möglichkeiten zu erschließen. Damit das auch ohne den mühsamen Umweg über ein nachzuholendes Abitur möglich wird, wird sich die SPD für eine erweiterte Durchlässigkeit im Bildungssystem einsetzen.

Einen Schwerpunkt legen wir auf den Erhalt eines vielfältigen und attraktiven Angebots an politischer Bildung. Politische Bildung ist unentbehrlich für gleichberechtigte Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft. Angebote zur politischen Bildung müssen weiterhin gefördert werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Zukunftsfähige Hochschulen: Gute Lehre, leistungsfähige Forschung, gesellschaftliche Verantwortung

Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen tragen gemeinsam zur Zukunftsfähigkeit des Landes Bremen bei. Sie machen Bremen attraktiv und sorgen für eine hohe Bildungsbeteiligung durch einen gebührenfreien Zugang für rund 31.000 Studierende in Bremen und Bremerhaven.

Sie geben als Bildungsinstitutionen allen jungen Leuten gute Chancen für ihren persönlichen Aufstieg durch Bildung. Für das Land und die Region sichern sie mit ihren wissenschaftlichen Leistungen eine Fülle von Entwicklungschancen und die Schaffung hoch qualifizierter Arbeitsplätze.

Die Gebührenfreiheit des Studiums bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss (Master) ist ein besonders wichtiges Element, mit dem wir für alle Bevölkerungsschichten den Zugang zu guter Bildung, die Ausbildung eines kritischen Reflexionsvermögens und eine selbstbe-

wusst-emanzipatorische Persönlichkeitsentwicklung ermöglichen wollen. Wir wenden uns deshalb entschieden gegen die Einführung allgemeiner Studiengebühren.

Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tragen mit ihren Leistungen in der Lehre und in der Forschung zur Wissensvermittlung und zu einer soliden Wissensbasis für eine gute gesellschaftliche Entwicklung bei. Die Einheit von Forschung und Lehre ermöglicht die Weitergabe von Wissen aus der Forschung und die Auseinandersetzung mit der Forschung in den Lehrveranstaltungen. Forderungen nach der Einführung reiner „Lehrprofessuren“ erteilen wir daher eine Absage.

Das bremische Wissenschaftssystem ist gekennzeichnet durch eine niedrige Grundfinanzierung und eine außerordentlich hohe Drittmittelinwerbung. 50 Prozent unserer Wissenschaftsausgaben stammen aus Mitteln des Bundes, der anderen Länder oder der Europäischen Union. Das ist unseren erfolgreichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu verdanken. Die Leistungsfähigkeit unseres Wissenschaftssystems hat außerdem 16.000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Dies hat Konsequenzen für das Einkommen und die Kaufkraft. Jeder aus dem bremischen Haushalt eingesetzte Euro vervierfacht sich.

Das bremische Wissenschaftssystem zeichnet sich auch durch eine engagierte Lehre an allen Hochschulen aus. Diese haben sich den Anforderungen der steigenden Studierendenzahlen im Hochschulpaket I gestellt. Die sehr hohe Ausbildungsquote im Vergleich zu anderen Bundesländern ist deshalb im Hochschulpaket I honoriert worden.

Mit der zusätzlichen Bereitstellung von 7,5 Millionen Euro pro Jahr haben wir in der letzten Regierungsperiode die Betreuungsrelation für die Studierenden und die Lehrqualität deutlich verbessert (Verhältnis Studierende in der Regelstudienzeit pro Hochschullehrer in 2005: 20,4; in 2009: 14,6).

Die Zahl der Studienbewerber wird durch die Doppeljahrgänge 2011 und 2012 in Niedersachsen und Bremen, die durch die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren entstanden sind, sowie durch die Aussetzung der Wehrpflicht ansteigen und zusätzliche Anstrengungen zur Schaffung weiterer Plätze für Studienanfänger notwendig machen. Darüber hinaus haben wir in unserem Hochschulgesetz auch neue Wege für Berufstätige in ein Studium an unseren Hochschulen eröffnet. Wir setzen uns für den Ausbau dualer Studiengänge, berufsbegleitender Teilzeitstudiengänge und eine Vereinfachung der Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen ein. Über den Hochschulpaket II wollen wir unsere Möglichkeiten nutzen, um mehr jungen Menschen die Aufnahme eines Studiums an unseren Hochschulen zu ermöglichen.

Mit dem Hochschulgesamtplan haben wir den Hochschulen in unserem Land die notwendige Planungssicherheit für gute Lehre und Forschung gegeben. Wir wollen unseren Hochschulen die für die Umsetzung des novellierten Hochschulgesetzes und des Hochschulpakts II notwendige finanzielle Verlässlichkeit geben, deshalb wollen wir nach Möglichkeiten suchen, die Haushalte der Hochschulen bei der Finanzierung von Tarifsteigerungen zu entlasten.

Eine starke Forschungsleistung und engagierte Lehre zeichnen das bremische Wissenschaftssystem aus: Wir erbringen eine überdurchschnittlich hohe Ausbildungsleistung, und in der Forschung verstehen sich Universität und überregionale Forschungseinrichtungen als Kooperationspartner. Dabei fungiert die Universität als Exzellenzkern, weil sie die Ausbildung der Studie-

renden und das Heranziehen von Nachwuchswissenschaftlern übernimmt und mit der Berufung von Kooperationsprofessuren die Zusammenarbeit in den Wissenschaftsschwerpunkten sichert.

Die Wissenschaftsplanung 2010 war eine Erfolgsgeschichte. Universität und Hochschulen werden sich in der künftigen Planung ihrer Angebote weiter profilieren. Die fünf Wissenschaftsschwerpunkte (Meereswissenschaften, Materialwissenschaften, Information und Kommunikation, Sozialwissenschaften, Gesundheitswissenschaften) an der Universität Bremen werden in Kooperation mit der außeruniversitären Forschung zur Stärkung ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit gezielt weiter entwickelt.

In der vergangenen Regierungsperiode ist es gelungen mit dem Leibniz-Zentrum für Marine Tropenökologie (ZMT), dem Fraunhofer MEVIS, dem Fraunhofer IWES, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) weitere fünf große Forschungsinstitute in die Trägerschaft überregionaler Forschungsgesellschaften zu überführen. Die Strategie der Einwerbung von Bundesmitteln durch Aufnahme in die überregionale Forschungsförderung wollen wir fortsetzen.

Mit dem Fraunhofer Institut für Windenergie und der Gründung des Instituts für Marine Ressourcen (IMARE) konnten wir den Forschungsstandort Bremerhaven, der durch das Alfred-Wegener-Institut (AWI) als Standort der Polar- und Klimaforschung international angesehen ist, weiter ausbauen. Wir unterstützen die Forderung des Wissenschaftsrates nach einem europäischen Polarforschungsprogramm in der Arktis und einem europäischen Küstenforschungsprogramm, bei dem das AWI und die Nordwestregion mit den niedersächsischen Forschungseinrichtungen eine prominente Rolle einnehmen.

Wir wollen die internationale Spitzenstellung in der Meeresforschung ausbauen. Im größten Wissenschaftsschwerpunkt des Landes arbeiten jetzt schon 1.200 Wissenschaftler in vier untereinander vernetzten Forschungseinrichtungen. Diese Forschungskompetenz kommt nicht nur den Menschen im Land Bremen zugute. Die Meeresforschung ist heute zugleich Klima- und Küstenforschung und dient damit der internationalen Daseinsvorsorge. Wir unterstützen deshalb die Forderung des Wissenschaftsrates nach einer Verlängerung der Betriebszeit der "Polarstern" und wir unterstützen das AWI bei seinen Bemühungen um eine Inbetriebnahme der neuen "Polarstern II" im Jahr 2016.

Um unsere Spitzenstellung in der Meeres- und Klimaforschung auszubauen, haben wir eine ressortübergreifende Strategie zur technologischen Erschließung meereswissenschaftlicher Forschung in einem Aktionsplan Internationale Meerespolitik entwickelt. Darin wollen wir die Meereswissenschaften mit unseren anderen Forschungsbereichen, den Ingenieurwissenschaften, der Luft- und Raumfahrt, der Bionik, Robotik und Logistik vernetzen und z. B. den Ausbau der Unterwasserrobotik in Zusammenarbeit mit der DFKI in Bremen und den Ausbau des Institutes für Marine Ressourcen (IMARE) in Bremerhaven voranbringen.

In den nächsten Jahren wird sich die Hochschullandschaft weiter ausdifferenzieren. Wir werden deshalb die Hochschulplanung des Landes wieder mit der Planung für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu einem Wissenschaftsplan 2020 verzahnen, weil damit das gesamte Wissenschaftssystem in den Blick genommen wird. Die Situation Bremerhavens als

vom Strukturwandel besonders betroffenes Gemeinwesen werden wir beim Hochschulausbau berücksichtigen.

Die Universität Bremen wollen wir auf ihrem Weg zu einer national und international angesehenen Forschungsstätte begleiten. Deshalb unterstützen wir sie in der Exzellenzinitiative, bei der sie sich mit drei Clustern und zwei Graduiertenschulen sowie einem Zukunftskonzept beworben hat.

Die beiden Hochschulen in Bremen und Bremerhaven haben ihre zukünftige zentrale Bedeutung in der Entwicklung dualer Studiengänge, in der Unterstützung der regionalen Wirtschaftsentwicklung durch gezielte Maßnahmen zur Bewältigung des Fachkräftemangels und beim Wissens- und Technologietransfer in der Region. Hierbei muss der Situation Bremerhavens vor dem Hintergrund des Strukturwandels besonders Rechnung getragen werden.

Die Hochschule für Künste hat ihren eigenen Stellenwert für die kulturelle Vielfalt und das internationale Ansehen Bremens.

Die Jacobs University Bremen stärkt die Internationalität und ergänzt als privat finanzierte Einrichtung wie auch die Apollon Hochschule oder die Hochschule für Wirtschaft und Logistik unseren Wissenschaftsstandort Bremen.

Mit der Novelle des Hochschulgesetzes 2010 haben wir für die nächsten Jahre Aufgabenschwerpunkte wie die Stärkung der Autonomie, die Profilbildung, die Herausbildung von Exzellenz oder die Geschlechtergleichstellung benannt. Zudem wird die Erweiterung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte und die Verbesserung der Durchlässigkeit von beruflicher zu hochschulischer Ausbildung in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen eine bedeutende Rolle spielen. Die Entwicklung kooperativer Promotionsmodelle zwischen Universität und Hochschulen ist zu prüfen.

Die besondere Förderung von Frauen und die Gewinnung von Studienanfängerinnen insbesondere für die mathematisch-natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge bleibt eine zentrale Aufgabe der Universität und der Hochschulen.

Für Studienbewerber mit Migrationshintergrund haben wir eine Quote beim Hochschulzugang mit der Berücksichtigung ihrer besonderen Sprachqualifikation geschaffen; vor allem in den Lehrerberufen wünschen wir uns mehr solche Studienbewerber.

Die bremischen Hochschulen haben die Bologna-Reform insgesamt erfolgreich umgesetzt; mit der Hochschulgesetznovelle haben wir die Bewältigung der Probleme im Bologna-Prozess eingeleitet.

Die soziale Situation von Studierenden steht im Widerspruch zum Ziel, möglichst mehr Bildungsbeteiligung zu erreichen. Immer noch studieren Kinder aus Akademikerfamilien fünf Mal so häufig wie Kinder aus bildungsfernen oder einkommensschwachen Elternhäusern. Mit dem Nationalen Stipendienprogramm hat die Bundesregierung ein einkommensunabhängiges Stipendium für Begabte geschaffen. Wir setzen uns auf der Bundesebene weiterhin für eine Weiterentwicklung des BAföG und die Anpassung der Bedarfssätze an die Preisentwicklung ein.

Zunächst sind unsere Hochschulen gefordert, das Stipendienprogramm so zu nutzen, dass insbesondere Studierende in besonderen sozialen Lagen, mit Migrationshintergrund und mit starkem gesellschaftlichem Engagement davon profitieren.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

4. Gute Arbeit für alle

Für die wirtschaftliche Entwicklung Bremens und Bremerhavens stellt die Arbeit von mehr als 300.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit der Vielfalt ihrer beruflichen Qualifikationen die wichtigste und entscheidende Grundlage dar. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes ist es unsere Verpflichtung, in allen Bereichen der Landespolitik die Rahmenbedingungen für gute und hochwertige Arbeit mit dem Ziel der Vollbeschäftigung zu verbessern.

Dies ist nicht nur Aufgabe einer eng miteinander verzahnten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern erfordert auch eine entsprechende Ausrichtung der Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungspolitik. Wir wollen dazu beitragen, ein gutes Klima für selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen, insbesondere auch durch den Einsatz für möglichst flächendeckende Tarifverträge. Selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht in ständiger Sorge um den sozialen Absturz leben, sind die besten Garanten gegen Lohndumping. Wir setzen uns für qualitativ gute und eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen ein. Die Ausbeutung von Auszubildenden als billige Arbeitskräfte lehnen wir ab.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gesellschaftliche Teilhabe durch Mitbestimmung

Das Thema Mitbestimmung ist gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Deregulierung der Arbeitsmärkte und der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft brandaktuell. Die Mitbestimmung schützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ist zugleich ein Standortvorteil für unsere Unternehmen. Betriebliche Mitbestimmung ist ein Kernelement gesellschaftlicher Teilhabe in den Betrieben und Behörden. Sie steht für sozialen Frieden und gesellschaftliche Stabilität. Demokratie darf am Arbeitsplatz nicht Halt machen. Das ist in einer sozialen Marktwirtschaft ein Grundprinzip. Für uns gehört die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer freien Gesellschaft – genauso wie Tarifautonomie und Arbeitnehmerschutz. Deshalb stehen wir zu der betrieblichen Mitbestimmung. Wir werden auch das Personalvertretungsgesetz gegen alle Angriffe verteidigen und die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Organisationsprozessen verbessern. Und wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften daran arbeiten, die Beteiligungsrechte von Beamtinnen und Beamten im Land Bremen zu stärken. Die Arbeitnehmerkammer steht für uns nicht zur Disposition.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Tariftreue unterstützen und faire Arbeitsbedingungen durchsetzen

In der letzten Legislaturperiode haben wir das Tariftreuegesetz durchgesetzt, durch das öffentliche Vergaben an die Einhaltung sozialer und tariflicher Mindeststandards durch die Auftragnehmer gebunden werden. Das Tariftreuegesetz muss auf seine Einhaltung konsequent geprüft werden. Deshalb werden wir eine Kontrollquote festlegen, die das auch gewährleistet. Der im Tariftreuegesetz genannte Mindestlohn wird auf 8,50 Euro erhöht. Betriebe, die durch positive Maßnahmen (z. B. massive Senkung des Leiharbeiteranteils, Verzicht auf Subunternehmer bzw. klare soziale Auflagen für deren Tätigwerden) auf sich aufmerksam machen, sollen in der Öffentlichkeit angemessen dargestellt werden. Wir werden das in unserer Macht Stehende tun, um solche Unternehmen an Bremen und Bremerhaven zu binden und in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Jeder Verstoß gegen gültiges Tarifrecht muss verfolgt und entsprechend den gesetzlichen Grundlagen geahndet werden. Dazu stellen wir Öffentlichkeit her und fordern spürbare Konsequenzen bei Nichteinhaltung.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Arbeitsschutz ist Verbraucherschutz

Wir wollen gesunde Arbeit. Jeder kann und soll hierzu seinen Beitrag leisten. Der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist sowohl im Interesse der Kolleginnen und Kollegen als auch der Unternehmen. Der Arbeitsschutz wird von uns ausgebaut, die Beratungsstrukturen werden verbessert. Dazu ist der Landesarbeitskreis Arbeitsschutz ein wichtiger Impulsgeber, der besser genutzt werden soll. Die Gewerbeaufsicht wird gestärkt. Außerdem brauchen wir eine Qualitätsdebatte („Billig ist nicht automatisch gut“) zur Sensibilisierung der Verbraucher. Die Humanisierung der Arbeitswelt ist der Schlüssel zu guter Arbeit.

Der Sonntag darf nicht zum Regelarbeitstag werden. Dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt, ist eine gute Erkenntnis, die zur Folge haben muss, dass wir nicht alles dem Gesetz der Wirtschaftlichkeit unterwerfen. Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen muss eine entsprechende Bezahlung (einschließlich Sonntagszuschlägen) nach sich ziehen. Sonntagsarbeit darf nicht dazu führen, dass schlicht die Zeit der Gewinnmaximierung für Unternehmer ausgedehnt wird.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und Gleichstellung vorantreiben

Die Verwirklichung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der zentralen Herausforderungen an Politik und Wirtschaft. Wir unterstützen alle Ansätze und Initiativen für Teilzeitarbeit von Männern und Führungskräften, den Abbau der Langzeitarbeitskultur in den Betrieben und den Ausbau der Kinderbetreuung. Dasselbe gilt für Initiativen zur Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung bzw. Studium. Wir fordern auch von der Wirtschaft, ihren Beitrag hierzu zu leisten. Die Erkenntnis, dass sich familienfreundliche Strukturen im Betrieb auch wirtschaftlich auszahlen, muss endlich in Handeln umgesetzt werden.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbunden werden mit Fördermaßnahmen für Frauen im Beruf. Teilzeitarbeit darf kein Karrierehemmnis sein. Es muss endlich eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen bei vergleichbaren Tätigkeiten realisiert werden. Frauen müssen die gleichen Aufstiegschancen in Führungspositionen haben wie Männer. Bisherige Selbstverpflichtungen haben wenig Erfolge gezeigt. Deshalb werden wir Initiativen für ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft analog zum öffentlichen Dienst ergreifen. Dies beinhaltet die Forderung, dass beide Geschlechter jeweils mindestens 40 Prozent an Aufsichtsratsmandaten erhalten müssen. Wir wollen das Land Bremen in Fragen der Gleichstellung zum bundesweiten Vorbild machen, indem für öffentliche Betriebe langfristig eine 50-Prozent-Quote von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten angestrebt wird.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Konsequent gegen Lohn- und Sozialdumping

Das Normalarbeitsverhältnis ist der Eckpfeiler der Wirtschaft und unser Leitbild. Das gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Doch in den letzten Jahren ist die Zahl prekärer, sozial schlecht oder gar nicht abgesicherter und schlecht entlohnter Beschäftigungsverhältnisse erheblich gewachsen. Davon sind nicht nur die dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern betroffen. Der prekäre Beschäftigungssektor hat auch negative Auswirkungen auf alle anderen Beschäftigten und führt dort zu Sozial- und Tarifdumping. Deswegen setzt sich die SPD dafür ein, den prekären Beschäftigungssektor vollständig zurückzudrängen und überall sozialversicherungspflichtige und tarifrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu etablieren. Auch Mini-Jobs gehören zum Bereich prekärer Beschäftigung. Wir fordern eine Sozialversicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde für 400-Euro-Jobs, wobei der Arbeitnehmeranteil der Sozialversicherungsbeiträge subventioniert werden soll.

Es ist mit unserer Überzeugung und mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen, dass Menschen trotz Vollzeitarbeit auf ergänzende Zahlungen des Staates angewiesen sind. Das verstößt gegen die Menschenwürde. Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro/Stunde ist dahingehend ein wichtiger Schritt und Rettungsschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Obwohl die Bundesregierung die dringend erforderlichen gesetzlichen Grundlagen verweigert, haben wir dafür gesorgt, dass der Mindestlohn in der öffentlichen Verwaltung und im direkten Einflussbereich der öffentlichen Hand zum Standard gehört.

Wir werden die Tarifvertragsparteien in ihrem Bestreben, auskömmliche Löhne durchzusetzen, unterstützen. Hier kommt der Arbeit im Landestarifausschuss für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tarifverträge eine wichtige Rolle zu.

Wir wollen faire Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter durchsetzen. Die bremischen Initiativen für eine bundesgesetzliche Reform der Vorschriften zur Arbeitnehmerüberlassung werden wir fortsetzen. Es bedarf dringend einer Regulierung der Leiharbeit durch eine Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgeset-

zes, damit Leiharbeit nicht mehr zum Tarif- und Sozialdumping missbraucht werden kann, sondern auf ihre positiven arbeitsmarktpolitischen Funktionen, wie etwa die Abdeckung von vorübergehenden Produktions- und Nachfragespitzen, begrenzt wird. Der rechtliche Schutz der Beschäftigten muss ausgebaut werden. Sie sollen hinsichtlich ihrer wesentlichen Arbeitsbedingungen und ihrer Entlohnung konsequent den Stammarbeitskräften im Entleihbetrieb gleichgestellt werden, ohne dass durch Tarifverträge davon nach unten abgewichen werden kann. Zur Verhinderung sich häufender missbräuchlicher Beschäftigungspraktiken wird sich die SPD im Land Bremen für eine schärfere Kontrolle der Leiharbeitsunternehmen einsetzen.

Wir werden konsequent gegen jede Form von Scheinselbstständigkeit vorgehen und den Missbrauch der EU-weiten Freizügigkeit im Dienstleistungsbereich bekämpfen.

Wirtschaftsförderung und öffentliche Auftragsvergabe werden dahingehend geprüft, dass keine prekäre Beschäftigung gefördert wird.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Arbeitsmarktpolitik an den neuen Herausforderungen ausrichten

Die Wirtschaft steht vor neuen Herausforderungen. Trotz der im Land Bremen immer noch hohen Arbeitslosigkeit zeichnet sich in einigen Bereichen ein Fachkräftemangel ab. Diese Tendenz wird durch den demografischen Wandel noch verstärkt. Eine Lösung erfordert eine differenzierte Strategie, die von Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten und Arbeitslosen über Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsquote von Frauen bis hin zur schnelleren und umfassenderen Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse reicht.

Durch eine unabhängige und leicht zugängliche Bildungsberatung wollen wir den Zugang zu Bildungsangeboten für alle Menschen erreichen. Mit der Ausgabe von Bildungsgutscheinen wollen wir einen Anreiz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für Betriebe schaffen, eigene Initiativen für die berufliche Weiterbildung zu entwickeln. Wir wollen mit einem „Bündnis für Weiterbildung“, ähnlich der „Bremer Vereinbarung“ zwischen Politik und Sozialpartnern, gemeinsame Aktivitäten zur Stärkung der beruflichen Qualifizierung im Land Bremen entwickeln.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Öffentlich geförderte Beschäftigung sichern

Während wir in einigen Bereichen Fachkräftemangel haben, hat sich zugleich auch die Langzeitarbeitslosigkeit in den letzten Jahren verfestigt. Unser langfristiges Ziel ist weiterhin, dass jeder Mensch ohne Arbeit in den ersten Arbeitsmarkt integriert wird. Eine erhebliche Anzahl von Arbeitslosen wird allerdings auf absehbare Zeit keine Aussicht auf einen regulären Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Für diesen Personenkreis brauchen wir öffentlich geförderte Beschäftigung. Nicht nur als Ersatz für den ersten Arbeitsmarkt, sondern als Mittel, um diese Menschen wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen und auch, um Arbeit über soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Wir streben betriebsnahe Beschäftigungsmaßnahmen an, die, wenn sie als Marktersatz fungieren, so auszugestaltet sind, dass eine sozialversicherungspflichtige Bezahlung erfolgt. Wir wollen eine stärkere Verzahnung von öffentlich geförderter Beschäftigung mit der Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk. Dabei sollen – auch unter Nutzung der Erfahrung anderer Kommunen – Modelle entwickelt werden, die über eine gemeinsame Abwicklung von (zusätzlichen) kommunalen Aufträgen mehrere Ziele verfolgen. Zum einen sollen bleibende Werte für die Allgemeinheit, zum Beispiel durch die Sanierung von öffentlichen Gebäuden, geschaffen werden und zum anderen arbeitslose Menschen im Rahmen von geförderter, sozialversicherungspflichtiger Arbeit im betrieblichen Arbeitsalltag ihre Qualifikationen einbringen, aber auch neue Qualifikationen erwerben können.

Um das Ziel der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt für möglichst viele zu erreichen, brauchen wir darüber hinaus weiterhin unterschiedliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die insbesondere auch mit den Programmen zur Deckung bestehender Bedarfe in sozial benachteiligten Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven verzahnt werden. Es ist darauf zu achten, dass durch die öffentliche Förderung keine Wettbewerbsverzerrung gegenüber regionalen Handwerksbetrieben eintritt.

Wir werden die bestehenden Förderinstrumente in Anspruch nehmen und hierbei gezielte Maßnahmen zur Frauenförderung im Blick haben. Soweit Förderprogramme des Bundes oder der Europäischen Union eine Kofinanzierung durch das Land voraussetzen, streben wir eine Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushalt an.

Wir setzen uns mit allen Mitteln gegen den sozialpolitischen Kahlschlag der Bundesregierung in diesem Bereich ein. Wir wollen für das Land Bremen ein Konzept zur Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Strukturen erarbeiten, das die besonderen Bedarfe beider Städte im Bereich der verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen berücksichtigt.

Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Leistungen, die langzeitarbeitslose Menschen zum Lebensunterhalt erhalten, für die aktive Beschäftigungsförderung umgewandelt werden können. Im Bereich der Förderung von Arbeitsmarktprogrammen bleibt Bremerhaven auch weiterhin ein Schwerpunkt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

5. Demokratie stärken – Gesellschaft gestalten – sicher leben

Beiräte, Bürgerbeteiligung, Mitbestimmung

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist für uns von zentraler Bedeutung für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Bremen und Bremerhaven. Diese Arbeit zu unterstützen und wertzuschätzen, halten wir in einer modernen sozialen Demokratie für unverzichtbar. Das wachsende Interesse der Bevölkerung an politischer und gesellschaftlicher Mitgestaltung findet unsere volle Unterstützung. Wir wollen, dass sich Bremen und Bremerhaven als aktive Bürgerstädte weiterentwickeln.

Wir haben dazu die Zuständigkeit für die Bürgerbeteiligung und die Angelegenheiten der Beiräte direkt im Rathaus angesiedelt, den parlamentarischen Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten ins Leben gerufen und das Beirätegesetz umfassend reformiert. Durch die Reform der Volksgesetzgebung wurden Volksbegehren und Volksentscheide erleichtert und öffentliche Online-Petitionen eingeführt.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir unter Nutzung der vorhandenen Ressourcen ein zentrales Bürgerbüro einführen, das ehrenamtliches Engagement unterstützt, Ansprechpartner ist und Bürgerbeteiligung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens fördert, Bürgerinitiativen berät und begleitet sowie Projekte zu mehr direkter Demokratie unterstützt.

Die Beiräte in Bremen sollen zu Garanten von frühzeitiger Beteiligung der Menschen an Entscheidungsprozessen in den Stadtteilen werden, indem feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Beiräte in allen Senatsressorts eingesetzt werden. Kostenloses fachliches Know-how wird für die Beiräte bereitgestellt, Ortsämter werden zu aktiven Bürgerzentren in den Stadtteilen entwickelt und Beteiligungsverfahren zu konkreten Projekten werden in den Stadtteilen gemeinsam von Verwaltung und Beiräten, Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Die Stadtteilkonferenzen sollen gestärkt werden. Wir wollen in den Stadtteilen auch ein besonderes Augenmerk auf die Beteiligung von Jugendlichen richten.

Die SPD spricht sich dafür aus, dass eine Bürgerbefragung stattfindet, bevor ein Verkauf von öffentlichen Unternehmen oder die Privatisierung von wesentlichen Teilen der öffentlichen Verwaltung umgesetzt wird.

Um die Unterschriftensammlung für Volksbegehren und Bürgeranträge zu erleichtern, werden wir prüfen, ob eine elektronische Unterzeichnung über das Internet unter Verwendung eines elektronischen Identitätsnachweises erfolgen kann.

Bei der Planung von öffentlichen Einrichtungen (vom Kindergarten bis zum Seniorentreff) werden wir künftig die betroffenen Nutzerinnen und Nutzer beteiligen. Wir wollen eine Regelung, in der vor der Vergabe öffentlicher Mittel in bestimmten Bereichen ein Prüfstein „Partizipation“ verbindlich verlangt wird.

Ortsämter und Beiräte bilden eine gute Basis für lokale Beteiligungsprojekte. Besonderer Aufmerksamkeit bedarf dabei die Gruppe der jungen Menschen, die wir an der Planung von konkreten Vorhaben im Bereich Schule, Freizeit und Sport und durch die Bildung von Jugendbeiräten oder die Durchführung von Jugendforen stärker beteiligen wollen.

Wir wollen im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten die Rolle der Bürgerschaft stärken, soweit es Entscheidungen des Bundesrates und auf europäischer Ebene betrifft.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Integration fördern

Erfolgreiche Integration braucht ein gesichertes Aufenthaltsrecht für die Betroffenen. Wir haben die Zahl der Kettenduldungen deutlich gesenkt und wollen sie weiter reduzieren. Außerdem haben wir als weiteren Anreiz vor allem für gut integrierte Kinder mit Migrationshintergrund bundesweit einmalige Aufenthaltsperspektiven eröffnet. Wir setzen uns dafür ein, dass Asylbewerber und Geduldete sich unter Beibehaltung der Zuweisung des Wohnsitzes im Bundesgebiet frei bewegen können.

Auf Bundesebene machen wir uns dafür stark, dass junge Deutsche mit Migrationshintergrund, die hier geboren sind und zu dieser Gesellschaft gehören, nicht mehr gezwungen werden sich nur noch für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden und widrigenfalls ausgebürgert werden.

Mit dezentralen Einbürgerungsberatungen wollen wir Migrantinnen und Migranten, bei denen die Voraussetzungen dafür vorliegen, ermuntern die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Gleichstellung von Lesben und Schwulen

Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich festgestellt: „Der besondere Schutz der Ehe in Artikel 6 Absatz 1 Grundgesetz hindert den Gesetzgeber nicht, für die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften Rechte und Pflichten vorzusehen, die denen der Ehe gleich- oder nahe kommen.“ Initiiert durch die SPD hat die Bremische Bürgerschaft in dieser Legislaturperiode die Landesverfassung sowie sämtliche landesgesetzlichen Regelungen so geändert, dass eingetragene Lebenspartnerschaften mit der Ehe rechtlich gleichgestellt wurden.

Wir wissen, dass im Steuer-, Ausländer- und Adoptionsrecht des Bundes weiterhin Bestimmungen enthalten sind, die die eingetragene Lebenspartnerschaft diskriminieren. Im Grundgesetz fehlt der in unserer Landesverfassung enthaltene ausdrückliche Diskriminierungsschutz für die sexuelle Orientierung. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, alle diskriminierenden Regelungen zu beseitigen und das Grundgesetz entsprechend zu ergänzen.

Rechtliche Gleichstellung und Diskriminierungsschutz sind Basis und Ausgangspunkt unserer Lesbian- und Schwulenpolitik. Nur auf diesem Boden kann eine effektive Strategie gegen homophobe Gewalttaten und Vorurteilsstrukturen entwickelt werden. Wir werden unter Beteiligung der Interessenverbände und Beratungsstellen auf Senatsebene einen Aktionsplan gegen Homophobie erarbeiten lassen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Prävention, Kriminalitätsbekämpfung, konsequente Strafverfolgung, effektive Justiz und moderner Strafvollzug

Wir stehen im Land Bremen ein für eine Justiz, die einen guten und effektiven Rechtsschutz leistet. Die Bremer und Bremerhavener Gerichte bringen im Vergleich der Bundesländer in weiten Bereichen Spitzenleistungen. Die Leistungsfähigkeit und die Belastung sind durch Benchmarking belegt. Wir werden die Leistungs- und Funktionsfähigkeit unserer Gerichte weiterhin sicherstellen, da die Bürgerinnen und Bürger nicht nur bei Prozessen, sondern auch bei Grundbucheintragungen, bei Erbschaftsangelegenheiten, bei Betreuungen, beim Handels- und Schiffsregister und bei Insolvenzen auf funktionsfähige Gerichte angewiesen sind.

Wir haben die Gerichte weitestgehend an einem Standort im Justizzentrum neben dem Amtsgericht und dem Landgericht konzentriert. Dort arbeiten sie besonders effektiv und sie zeigen sich modern, bürgerfreundlich und aufgeschlossen. Unser Justizzentrum nimmt in Deutschland eine Spitzenstellung ein. Die übergreifende Zusammenarbeit der Gerichte wird noch weiter vorangetrieben.

Die beste Kriminalitätsbekämpfung ist die Verhinderung von Straftaten. Darum ist die Prävention zentraler Baustein unserer Innenpolitik.

Wir haben beim Innenressort die „Koordinierungsstelle Kriminalprävention“ geschaffen. Mithilfe dieses Instruments wollen wir die lokale Präventionsarbeit in den Stadtteilen fördern und unterstützen und dabei eng mit den Ortsämtern und Beiräten zusammenarbeiten. Außerdem setzen wir weiterhin auf die wichtige Arbeit der Kontaktpolizistinnen und Kontaktpolizisten in den Stadtteilen.

Ein zweckmäßiges Präventionsinstrument gegen Einbruchdiebstahl und Raubüberfälle ist der Einsatz sogenannter künstlicher DNA zur beständigen Markierung von Wertgegenständen sowie zur Ergreifung von Tätern und zur Verbesserung der Prävention und der Strafverfolgung. Deshalb unterstützen wir den Einsatz im öffentlichen wie im privaten oder privatwirtschaftlichen Bereich.

Auf das Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen werden wir ein besonderes Augenmerk richten. Gemeinsam mit der Seniorenvertretung wollen wir ein spezielles Präventionsprogramm erarbeiten, welches wirksame Maßnahmen zur Erhöhung des Selbstschutzes dieser Personengruppe beinhaltet.

Das beträchtliche Gewaltpotenzial, das von manchen Jugendlichen und heranwachsenden Straftätern ausgeht, beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl vieler Menschen in Bremen und Bremerhaven in nicht unerheblichem Maße. Mit Erfolg haben wir die Waffenverbotszone rund um die Bremer Diskomeile etabliert. Wir haben das erfolgreiche ressortübergreifende Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ aufgelegt. Die enge Verknüpfung aller beteiligten Akteure – von der Polizei über Staatsanwaltschaft und Jugendgerichte, Jugendgerichtshilfe bis zu den Schulen und der Jugendhilfe – hat erste Erfolge gebracht. Das Konzept werden wir in der nächsten Legislaturperiode fortschreiben und weiterentwickeln.

Entscheidendes Element bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität ist die Konzentration auf die Intensivtäter, die als kleine Gruppe eine hohe Zahl besonders schwerer Taten begehen. Das

Intensivtäterkonzept, das gemeinsame Maßnahmen von Justiz, Polizei, Schulen und Sozialarbeit vorsieht, wird umgesetzt durch eine verstärkte Ausstattung der Gerichte und der Staatsanwaltschaft im Jugendbereich und organisatorische Maßnahmen.

Gegen jede Form von organisierter Kriminalität, ausgehend von sogenannten Clans oder von Rockergruppierungen, werden wir weiter konsequent vorgehen und behördenübergreifende Schwerpunkte bilden. Wir werden keine rechtsfreien Räume zulassen.

Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auch auf die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution legen. Wir wollen sowohl Opfer von Menschenhändlern als auch selbstbestimmt als Prostituierte tätige Frauen besser schützen und setzen neben kommunalen Beratungsangeboten auf eine Anmeldepflicht für Prostitutionsbetriebe und die dadurch gewonnenen Kontrollmöglichkeiten. In dicht besiedelten Wohngebieten werden wir die Prostitution baurechtlich untersagen.

Die wirksame Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität bildet einen weiteren Schwerpunkt in der Strafverfolgung. Um Verfahren zügig abzuschließen, werden die Arbeitsprozesse verbessert. Besonderes Augenmerk wird auf die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelegt und eine effiziente technische Ausstattung durch Digitalisierung der Verfahrensakten und Auswertungssoftware.

Wir treten ein für einen Strafvollzug, der eine angemessene Reaktion auf strafbares Verhalten darstellt und zugleich mit den Straffälligen vom Beginn der Haft an und nach der Haftentlassung daran arbeitet, durch Bildung, Ausbildung, Arbeit und Stabilisierung ihrer sozialen Verhältnisse wieder eine Perspektive in der Gesellschaft zu schaffen. Nur so kann künftiges strafbares Verhalten mit allen negativen persönlichen und sozialen Folgen möglichst vermieden werden. Unsere Justizvollzugsanstalt mit den Standorten in Bremen und Bremerhaven wird mit einer umfassenden Sanierung auf den modernen Stand der Sicherheit und menschenwürdiger Haftbedingungen gebracht.

Das Übergangsmanagement, also die Begleitung der Straffentlassung und die Schritte der Wiedereingliederung in Wohnung, Arbeit und soziale Verhältnisse, sind in Bremen bereits weit fortgeschritten. Die Arbeit der Justizvollzugsanstalt, der Bewährungshilfe, der drei freien Träger und der Gerichte sollen eng aufeinander abgestimmt werden. Die Verbesserung und Vertiefung dieser Arbeit bildet einen Schwerpunkt der Arbeit in den kommenden Jahren. Nach intensiver Haftvorbereitung in den sechs Monaten vor Entlassung finden die Haftentlassenen mit dem Kompetenzzentrum eine Einrichtung vor, in der alle für sie wichtigen Einrichtungen und Behörden in einem Haus zusammen vertreten sind und gemeinsam arbeiten. Für die Gefangenen, die keine Chance haben, Arbeit im ersten oder zweiten Arbeitsmarkt aufzunehmen, haben wir in diesem Rahmen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Dies ist entscheidend für die persönliche und soziale Stabilisierung dieses Personenkreises. Diese Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Gelände der ehemaligen Jugendstrafanstalt Blockland wollen wir um zusätzliche Arbeitsplätze erweitern. Durch einfache handwerkliche Arbeiten, Garten- und Landschaftsbau und andere Tätigkeiten sollen sie wieder an eine Arbeit auf dem Arbeitsmarkt herangeführt werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Polizei

Innere Sicherheit ist ein hohes Gut. Die Voraussetzung für einen bestmöglichen Schutz der Bevölkerung ist eine adäquate Personalausstattung der Polizei. Aufgabenzuwachs verträgt sich nicht mit Personalabbau. Darum werden wir bei der Polizei trotz der schwierigen Haushaltslage keine Personaleinsparungen vornehmen und den Personalbestand auf dem jetzigen Niveau halten. Dafür werden wir in der nächsten Legislaturperiode mindestens 440 neue Polizistinnen und Polizisten für die Polizei Bremen und 100 für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven, an deren organisatorischer Eigenständigkeit wir festhalten, einstellen. Auch in den vollzugsnahen Bereichen wie zum Beispiel der Kriminaltechnik wollen wir eine angemessene Personalausstattung sicherstellen. Die Ausbildung und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Verbesserung der Arbeitsabläufe stehen dabei im Blickpunkt.

Das Innenressort übernimmt künftig die Gesamtverantwortung für die Hochschule für Öffentliche Verwaltung und setzt darüber hinaus Impulse für Grundlagenforschung über die gesellschaftlichen Ursachen von Kriminalität.

Im Rahmen des ressortübergreifenden Konzepts „Stopp der Jugendgewalt“ werden wir bei der Bremer Polizei eine Neustrukturierung vornehmen und eine eigene Abteilung „Jugendkriminalität“ bei der Schutzpolizei bilden.

Neben der Strafverfolgung der Täter wird eine weitere Kernaufgabe die verbesserte Begleitung der Opfer von Straftaten sein. Opfer von Straftaten sind die eigentlich Leidtragenden, ihnen muss unser Respekt und unsere Aufmerksamkeit gelten. Hierfür wollen wir sicherstellen, dass die bestehenden nichtstaatlichen Hilfeeinrichtungen, die nicht zu ersetzende Arbeit leisten, nachhaltig und verlässlich abgesichert werden. Zusätzlich wollen wir bei der Polizei Opferbeauftragte einrichten, die in Strafverfahren das Tatopfer begleiten und bei Bedarf die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen koordinieren.

Im Umfeld von größeren Sportveranstaltungen kommt es immer häufiger zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Um die Sicherheit der Besucher von Sportveranstaltungen sowie aller Bürger zu gewährleisten, haben wir den „Örtlichen Ausschuss Sport und Sicherheit“ geschaffen, in dem die Verantwortlichen von Polizei, Innenbehörde und Sportvereinen zusammenarbeiten. Als erste Maßnahme haben wir ein Verbot von Fanmärschen bei Fußballspielen durchgesetzt. Bei der Ausarbeitung weiterer Konzepte arbeiten wir eng mit den Sportverbänden und den beteiligten Vereinen zusammen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Zurzeit wird beraten, wie auf die Streichung der Bundeszuschüsse durch die schwarz-gelbe Bundesregierung für den Katastrophenschutz reagiert werden kann. Wir streben an, die wegfallenden Mittel durch eine engere Zusammenarbeit einzelner Wehren zu kompensieren, ohne dass es zu einer Einschränkung der Einsatzfähigkeit der Wehren kommt. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass das außerordentliche Engagement der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und der ehrenamtlichen Katastrophenschützer berücksichtigt wird.

Die personelle Ausstattung der Berufsfeuerwehr hat sich bewährt. Die Ausbildung unserer Berufsfeuerwehrleute sowie die Aus- und Fortbildung der Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr und des Katastrophenschutzes wollen wir zukünftig in Kooperation mit anderen Bundesländern noch verbessern und praxisnäher ausgestalten.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Bürgerservice

Wir haben das Stadtamt als Baustelle übernommen und die durch Personalmangel hervorgerufenen Missstände mithilfe verschiedener Unterstützungsmaßnahmen teilweise behoben. Insbesondere bei der Kfz-Zulassung und dem Ausländeramt haben wir die Servicequalität u. a. durch eine Verkürzung der Wartezeiten maßgeblich erhöht. In den kommenden Jahren wollen wir die Qualität im Bürgerservice weiter steigern. Dazu gehören der Aufbau des BürgerService-Center Bremen-Nord, die Schaffung zusätzlicher Online-Angebote und die Möglichkeit der individuellen Terminvereinbarung in allen Servicebereichen.

Zunehmende Vermüllung beeinträchtigt die Lebensqualität und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Darum wollen wir die Zahl der sogenannten Müll-Sheriffs erhöhen und wollen diese auch dezentral in den Stadtteilen und an Badeseen und in Grünanlagen einsetzen.

Die zentrale Verwaltungstelefonnummer 115, unter der man sofort eine fachgerechte Antwort erhalten kann, soll baldmöglichst flächendeckend eingeführt werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Öffentliche Dienste und moderne Verwaltung

Zur Sicherung des demokratischen Sozial- und Rechtsstaats brauchen wir auch zukünftig leistungsfähige öffentliche Dienste. Sie sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, an Bildung und Wohlstand teilhaben können. Gerade die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat es gezeigt: Der Markt alleine kann nicht garantieren, dass die Bürgerinnen und Bürger mit allem versorgt werden, was für ein menschenwürdiges Leben in einer demokratischen Gesellschaft nötig ist. Wir werden weder unsere kommunalen Wohnungsgesellschaften noch unsere Häfen noch unsere Krankenhäuser verkaufen. In der Vergangenheit erfolgte Privatisierungen werden wir auf den Prüfstand stellen.

Wir wollen Umfang und Qualität der öffentlichen Dienstleistungen erhalten und wo nötig weiter verbessern. Dazu gehört unter anderem, den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen entsprechend den Bedürfnissen unterschiedlicher Zielgruppen zu vereinfachen. Notwendige Einsparungen sollen schwerpunktmäßig dort ansetzen, wo der Service gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht beeinträchtigt wird. Zugleich müssen die inneren Abläufe der Verwaltung auf ihre Effizienz hin geprüft, noch bestehende Doppelstrukturen abgebaut und die Schnittstellen zwischen den Ressorts weiter verbessert werden.

Um den öffentlichen Dienst effizienter zu machen, brauchen wir das Know-how und die Motivation der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen. Mitarbeiterbeteiligung und Mitbestimmung stellen eine wesentliche Voraussetzung für Veränderungsprozesse und Innovationen dar. Deshalb werden wir das Personalvertretungsgesetz erhalten und die Mitbestimmung in der Praxis stärken. Wir haben verbindliche Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Beschäftigten bei Veränderungsprozessen durchgesetzt.

Die Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst haben in der Vergangenheit bereits große Beiträge zur Einsparung geleistet. Für uns ist klar: So wie nach außen Einsparungen nicht zulasten der Bürgerinnen und Bürger gehen sollen, so sollen nach innen nicht die unteren Entgelt- und Besoldungsgruppen die Sparanstrengungen tragen müssen. Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir auch in Zukunft aus. Ein Schwerpunkt wird für uns weiterhin die Ausbildung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein. Wir wollen gut qualifizierte junge Menschen für den öffentlichen Dienst gewinnen und den gleichberechtigten Zugang für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund, ermöglichen.

Wir werden unseren politischen Grundsätzen folgend weiter Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder bleiben und setzen uns für flächendeckende Tarifverträge auch im kommunalen Bereich ein. Zudem müssen wir nach geeigneten Wegen suchen, die Probleme, die es mit schlechten Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnissen im Verantwortungsbereich des Landes und der Stadtgemeinden noch gibt, zu lösen. Dabei geht es unter anderem um die konsequente Durchsetzung tariflicher Vergütungs- und Arbeitsbedingungen entsprechend TV-L bzw. TVÖD, um die Zurückdrängung sachgrundloser Befristungen, um Leiharbeit und Teilzeitbeschäftigungen (sofern von den Betroffenen nicht ausdrücklich gewünscht) und um die Umwandlung von Mini-Jobs in reguläre sozialversicherungspflichtige Stellen. Wir werden sicherstellen, dass der Mindestlohn von 8,50 Euro nicht nur im öffentlichen Dienst gilt, sondern auch bei der Vergabe von Aufträgen durch den Konzern Bremen als verbindlich festgelegt wird.

Die auch den öffentlichen Dienst betreffende demografische Entwicklung wird in den kommenden Jahren zu einer erheblichen Fluktuation führen und damit zu einem verschärften Wettbewerb der Länder um die besten Köpfe. Die Entwicklung von Besoldung und Versorgung kann daher grundsätzlich nur im Gleichklang mit den anderen norddeutschen Ländern erfolgen.

Die Erbringung öffentlicher Dienste muss weiterhin effizient und effektiv sein. Schwerpunkte sind IT-Unterstützung, Verbesserungen der Arbeitsabläufe und die Straffung der internen Dienstleistungen (Beschaffung, Abrechnung, Einsatz von modernen Programmen, wie etwa Spracherkennung). Unter Nutzung der neuesten technischen Möglichkeiten soll die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Online-Angebote zur Verfügung stellen. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft im Bereich der IT-Standards wird intensiviert. Darüber hinaus setzen wir auf eine verstärkte länderübergreifende Zusammenarbeit zur Entwicklung und zum Einsatz einheitlicher und damit kostengünstigerer Standards für die IT-gestützte Verwaltung (Beispiele: Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Personalverwaltung, Sozialverwaltung).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Sport und Sportvereine

Der Sport und die Sportvereine sind verlässliche Partner in unserer Gesellschaft. Hier finden Menschen Kontakt zueinander, es werden Gemeinschaft, Fairness, soziales Engagement, Integration, aber auch gesundheitsfördernder und leistungsorientierter Sport gelebt und gelernt.

Der Vereinssport stärkt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Er fördert den Umgang miteinander und kann einen wesentlichen Beitrag gegen Hass und Fremdenfeindlichkeit leisten.

Dieser besonderen Bedeutung des Sports für den Einzelnen und für die Gesellschaft haben wir durch die Aufnahme des Sports in die Bremer Landesverfassung Rechnung getragen. Von uns wurde auch das Sportförderungsgesetz auf den Weg gebracht und wir unterstützen die Forderung nach Stärkung des Schulsports.

Jeder Bürgerin und jedem Bürger muss die Teilhabe am Sport oder die Mitgliedschaft in einem Sportverein möglich sein, unabhängig vom Einkommen, von der Herkunft oder körperlichen und geistigen Behinderungen.

Den in einkommensschwachen Haushalten lebenden Kindern und Jugendlichen soll frühzeitig jede Gelegenheit zur sozialen Teilhabe und damit der Zugang zu Sport und Sportverein eröffnet werden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Weiterentwicklung des Modells „Kids in die Clubs“.

Wir wollen Sportvereine unterstützen, deren Kooperationen mit Kindergärten, Schulen und anderen sozialen Einrichtungen einen Beitrag zur Stadtteilentwicklung, zur Integration von Migrantinnen und Migranten und zur individuellen Entwicklung oder Gesundheitsvorsorge bzw. Rehabilitation leisten.

Angesichts sich verändernder gesellschaftlicher und demografischer Entwicklungen und der damit verbundenen neuen Bedarfe an Bewegungsformen und Bewegungsräumen sind die Sportvereine gefordert, ihre Sportangebote sowie Mitwirkungs- und Kooperationsmöglichkeiten zu überprüfen und anzupassen. Das schließt nach unserer Auffassung auch eine stärkere Förderung zukunftsfähiger Vereins- und Verbandsstrukturen ein.

Um verlässliche Rahmenbedingungen auch in den nächsten Jahren garantieren zu können, wollen wir die Allianz für den Sport weiter voranbringen. Dazu gehört auch die Übernahme der Verantwortung für die Bewirtschaftung der Sportstätten. Die knappen finanziellen Mittel für Investitionen werden bei Bedarf vorrangig für die Sanierung und Erneuerung von Vereins- und städtischen Sportanlagen und Sportstätten eingesetzt. Unter Berücksichtigung des Sportentwicklungskonzepts wollen wir die Sportinfrastruktur weiterentwickeln und modernisieren und setzen dabei auf eine energetische Sanierung und Erneuerung.

Wir setzen uns für das umfassende staatliche Glücksspielmonopol ein. Nur so können Spielerschutz und Suchtprävention erreicht werden. Gleichzeitig stellen wir durch die Wettmittel die Finanzierung des Breitensports sicher. Illegales Glücksspiel werden wir auch weiterhin bekämpfen.

Der organisierte Sport mit seinen ehrenamtlich tätigen Mitgliedern ist ein wichtiger Bestandteil der Bürgergesellschaft in unserem Bundesland. Die nachhaltige Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich in den Vereinen engagieren, soll durch den Erhalt der Übungsleiterpauschale gewährleistet und damit die Förderung des Sports in seiner Vielfalt in Bremen und Bremerhaven abgesichert werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Kunst und Kultur

Bremen und Bremerhaven definieren sich selbstbewusst als Kulturstädte. Dies signalisiert nicht nur, dass künstlerische und kulturelle Angebote zu den innovativen Bausteinen des Strukturwandels gehören, sondern auch, dass die Bürgerinnen und Bürger Kunst und Kultur als Wesensmerkmal urbaner Lebensqualität begreifen. Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur wirkt in vielerlei Hinsicht inspirierend und verschafft Erkenntnisse über die eigene Identität. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen interkultureller Lebensformen für den Zusammenhalt des modernen Stadtlebens existenziell. Kunst und Kultur prägen Werte, befördern die Reflexions- und Kommunikationsfähigkeit der Menschen und bilden damit auch grundlegende Schlüsselqualifikationen für lebenslanges Lernen. Kunst und Kultur liefern Denkansätze für die Wissenschaft und die Wirtschaft – sie eben dem Gemeinwesen ein Gesicht.

Darüber hinaus darf nicht außer Acht gelassen werden, dass gerade die Kunst einen Eigenwert besitzt, der sich jeglicher Messbarkeit entzieht. Die Haltung zur Kunst ist damit nicht nur eine Privatangelegenheit, sondern öffentliche Angelegenheit und ein Gradmesser für Humanität, Toleranz und Demokratie in unserer Gesellschaft.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen weiterhin für eine verlässliche Kunst- und Kulturförderung ein, die wir auch in Zukunft in direktem Dialog mit den verantwortlichen Akteuren entwickeln wollen. Wir verkennen nicht, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für alle Beteiligten eine große Herausforderung darstellen. Umso wichtiger ist es innovative Fördermodelle mit mehrjähriger Planungssicherheit auf den Weg zu bringen und dabei sowohl die Einrichtungen der sogenannten Hochkultur als auch die der sogenannten Breitenkultur im Blick zu haben. Herausragende Beispiele sind hierfür die bereits in unserer Verantwortung erzielten Ergebnisse, unter anderem für die Kunsthalle, die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen, die Weserburg, das Überseemuseum sowie diverse Einzelförderungen. Unser Ziel ist ein wirtschaftlich belastungsfähiges und nachhaltig wirksames öffentlich gefördertes Kultursystem für die Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten. Die verlässliche Finanzierung von Einrichtungen und Projekten hat Vorrang vor einem kurzlebigen Eventbetrieb. Wir wollen eine klare Zuordnung öffentlicher und privater Förderaufgaben erreichen und werden alle möglichen Ressourcen prüfen, um zusätzliche Projektmittel für die Kultur zu generieren.

Wir wollen das maritime Erbe Bremens und Bremerhavens bewahren und setzen uns für die Sammlung, den Erhalt und die Präsentation von baulichen, fotografischen und künstlerischen

Zeugnissen ein, die mit den Häfen, der Schifffahrt und dem Schiffbau in Bremen und Bremerhaven verbunden sind.

In Bremen zeigt sich, dass die hohe Bereitschaft zu privatem Engagement nicht nur ein Anhaltspunkt für die Akzeptanz der künstlerischen und kulturellen Produktivität ist, sondern auch Ausdruck ist für ein hohes Maß an Verantwortung der hier lebenden Wirtschaftsvertreter und Einzelpersönlichkeiten. Dies wollen wir weiter positiv begleiten.

Entscheidend für eine erfolgreiche Kulturpolitik ist neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein positives Klima für Kultur in unseren Städten. Dazu haben in Bremen und Bremerhaven Einrichtungen, Projekte und Initiativen aller Sparten in nicht unerheblichem Maße beigetragen. Wir wollen Theater, Orchester, Museen, Stadtbibliothek, Volkshochschule, Musikschule, Einrichtungen und Projekte der Stadtteilkultur, die Kulturzentren und Bürgerhäuser sowie die freie Kulturszene auch weiterhin in ihrer erfolgreichen und innovativen Arbeit unterstützen. Insbesondere ist uns wichtig, durch Maßnahmen der kulturellen Bildung, innovative Ansätze und eine verbesserte Vernetzung der Kultureinrichtungen neue Zielgruppen und Publikumsschichten anzusprechen. Unser besonderes Augenmerk finden neben den ästhetischen Konzeptionen besonders Initiativen, die sich den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Kinder- und Jugendförderung, demografischer Wandel und Integration stellen.

Wir fördern die konzeptionelle Neuaufstellung des Theaters Bremen mit Initiativen wie „Klassenlos“ ebenso wie die vielseitigen Aktivitäten der Bremer Philharmoniker, der Deutschen Kammerphilharmonie und der Bremer Shakespeare Company mit ihren neuen Ansätzen in der kulturellen Bildung. Dies gilt auch für die Aktivitäten von Quartier und die zukunftsweisenden Ansätze der Bürgerhäuser. Wir stehen zur kommunalen Trägerschaft des Theaters Bremen und des Stadttheaters Bremerhaven.

Genauso wichtig sind neue Impulse der künstlerischen Entfaltung. Wir wollen die Konzeption der Schwankhalle, ein Zentrum zeitgenössischer Kunst zu sein, im Rahmen unserer Möglichkeiten ebenso unterstützen wie die Initiative für bildende Kunst (Spedition 21 e. V.) am Güterbahnhof und die Musikszene am alten Zollamt.

Kulturelle Aktivitäten sind ein ernst zu nehmender Wirtschaftsfaktor. Außerdem haben sich kreative Wirtschaftszweige entwickelt, die Kultur unter Marktbedingungen produzieren und anbieten. Zwischen der öffentlich geförderten Kultur und diesen Wirtschaftszeigen entwickeln sich zunehmend Querverbindungen und Übergänge. Vor diesem Hintergrund werden wir die Netzwerkarbeit der Stadt forcieren, um ein positives Umfeld für kreative Wirtschaftszweige und junge Kreative zu schaffen. In diesem Kontext werden wir ressortübergreifend die bestehenden Förderstrategien überprüfen, um Synergien zu erzielen und Programme zielführender zu gestalten. Einen wesentlichen Ansatz bietet hier das Gründerzentrum der Hochschule für Künste.

Zudem wollen wir die Zugänge zu Kunst und Kultur deutlich verbessern. Mit dem Kulturticket ist ein erster Schritt getan, der in den kommenden Jahren sinnvoll ergänzt und mit Maßnahmen der kulturellen Bildung verzahnt werden muss. Die Teilnahme an Kunst und Kultur ist für uns ein herkunftsunabhängiges Bürgerrecht – denn wir verteidigen mit der Förderung von Kunst und Kultur nicht alleine die Kreativen, sondern uns selbst und unsere Freiheitsrechte. So

ist die Frage, ob Kulturförderung in den Rahmen öffentlicher Zweckmäßigkeitserwägungen passt, kein Ansatz für eine Politik, der es um eine humane und zukunftsorientierte Gesellschaft geht.

Wir werden für Kunst und Kultur streiten und auch unter schwierigen Bedingungen Neuerungen einen Raum bieten. Kulturförderung ist für uns eine Haltungsfrage!

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Medien

Medien sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags geworden. Sie sind in allen Lebensbereichen – Familie, Bildung, Arbeit, Freizeit – von Bedeutung und eröffnen nie da gewesene Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Politik ist gefordert, diesen Prozess mitzugestalten, die daraus resultierenden Chancen zu ergreifen und möglichen Gefahren vorzubeugen.

Wir wollen diese Entwicklung nutzen, um die freiheitliche politische Teilhabe und den Zugang zum Wissen zu erweitern. Gleichzeitig gilt es eine drohende Spaltung unserer Gesellschaft zu verhindern. Mit den neuen Möglichkeiten steigen die Anforderungen und Erwartungen an jeden Einzelnen im Umgang mit Medien. Für die individuelle Entwicklung und die Identitätsbildung sind Fähigkeiten zur interaktiven Kommunikation, zur kompetenten Mediennutzung, zur kritischen Auseinandersetzungen mit Medieninhalten sowie Kenntnisse der Produktionsbedingungen notwendiges Rüstzeug.

Ein wichtiger Bestandteil sozialdemokratischer Medienpolitik im Land Bremen ist die Partizipation und damit verbunden die weitere Existenz und Entwicklung der Bürgermedien in beiden Städten. Der Grundgedanke der Partizipation, der allen Bürgermedien von Anfang an innewohnt, macht sie auch zu idealen Institutionen der Einübung demokratischer Regeln. Der Bürgerrundfunk leistet damit einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Struktur und passt in die Bürgergesellschaft im Land Bremen. Wir werden prüfen, wie der Bürgerrundfunk weiterentwickelt werden kann, um den technischen und medienpolitischen Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Der Fortbestand der kleinsten ARD-Anstalt Radio Bremen ist auch weiterhin zu sichern. Die Kooperationen innerhalb der ARD helfen Radio Bremen, sind aber auf Dauer nicht ausreichend, um der Anstalt im föderalen Konzert der Landesrundfunkanstalten ein eigenes Gesicht zu geben. Daher wird eine bedarfsgerechte Finanzierung das Ziel der Verhandlungen mit den anderen Ländern sein. Radio Bremen wird auch zukünftig unsere Unterstützung erfahren, um als kleinster Sender in der ARD als Werkstatt für neue Formate in allen Medienbereichen die anderen öffentlich-rechtlichen Angebote zu bereichern.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Informationsfreiheit und Datenschutz

Wir werden das Informationsfreiheitsgesetz weiter entwickeln und stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die bremische Verwaltung transparenter wird und ihren Veröffentlichungspflichten nach dem Bremischen Informationsfreiheitsgesetz noch stärker nachkommt. Auch Verträge der öffentlichen Daseinsvorsorge sollten im Regelfall veröffentlicht werden.

Die in der letzten Zeit aufgedeckten Datenschutzskandale zeigen, dass die Weiterentwicklung des Datenschutzes in Richtung eines effektiven Grundrechtsschutzes auch in der Wirtschaft notwendig ist. Das muss auch für Firmen mit Auslandssitz gelten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen Initiativen zur Weiterentwicklung der Datenschutzgesetzgebung im Dialog mit Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräten.

Für uns ist der Schutz von Beschäftigten wichtig. Die Bespitzelung zum Beispiel durch umfassende Videoüberwachung und anlasslose Rasterfahndungsmethoden in Betrieben sind nicht hinnehmbar. Beschäftigte dürfen nicht gezwungen werden, mehr von ihrer Privatsphäre preiszugeben, als für das Beschäftigungsverhältnis nötig ist, und müssen sich ohne Angst vor Nachteilen gegen Eingriffe wehren können.

Eine anlasslose Telekommunikationsüberwachung lehnen wir ab. Deshalb sprechen wir uns auch gegen eine Wiedereinführung der vom Bundesverfassungsgericht verworfenen Vorratsdatenspeicherung aus. Wir werden uns auf europäischer Ebene gegen die EU-Richtlinie 2006/24/EG einsetzen.

Wir machen uns dafür stark, dass Staat und Wirtschaft viel sparsamer im Sammeln von Daten werden, damit sich das Missbrauchspotenzial umfassender Persönlichkeitsprofile der Menschen gar nicht erst realisieren kann. Wo der Staat für seine notwendigen Planungen Daten der Menschen braucht, müssen sie so schnell wie möglich anonymisiert werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

Kampf gegen Rechts

Rechtsextremismus ist keine Frage des Alters oder der sozialen Lage, sondern hat viele Gesichter. Wir werden Rechtsextremismus und rechtsextremistisches Gedankengut in jeder Ausprägung bekämpfen. Egal, ob es sich um Alltagsrassismus, rechte Gewalt oder rechte Parteien handelt.

Der beste Schutz vor Rechtsextremismus ist eine offene und demokratische Gesellschaft, die Vielfalt und Toleranz fördert, ohne die Konflikte, die aus Unterschieden entstehen können, zu ignorieren. Mit einem Aktionsprogramm wollen wir daher Aktivitäten gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit fördern und die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischer Jugend- und Jugendbildungsarbeit stärken.

Darüber hinaus wollen wir auch in den Stadtteilen für die Themen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sensibilisieren, indem wir die Antidiskriminierungsagenda Bremens und Bremerhavens bekannt machen und das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bzw. „Stadt ohne Rassismus“ ausweiten. So soll zum Beispiel dafür geworben werden, dass sich, wie im Bremer Stadtteil Gröpelingen, Bürgerinnen und Bürger verpflichten, sich dafür einzusetzen, dass niemand aufgrund von Herkunft, Aussehen, Religion und sexueller Orientierung ausgegrenzt und diskriminiert wird.

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gehört auch das Wissen um die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus. Wir werden Ausstellungen und Projekte, die sich mit dem Nationalsozialismus und der Rolle Bremens und Bremerhavens darin auseinandersetzen, weiter fördern. Ein Schwerpunkt soll auch darauf liegen, die ideologischen Gemeinsamkeiten von „alten“ und „neuen“ Nazis deutlich zu machen.

Neben dem vorbeugenden Kampf gegen Rechtsextremismus muss es auch darum gehen, den Ausstieg aus der rechten Szene zu ermöglichen und zu unterstützen. Wir werden daher das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten beibehalten und weiterentwickeln. Zudem soll der Bremer Senat auch zukünftig in jeder Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft über die Arbeit und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Bremen Bericht erstatten.

Die NPD verherrlicht den Nationalsozialismus und steht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aggressiv-kämpferisch gegenüber. Wir setzen uns auf Bundesebene weiterhin für ein Parteienverbot der NPD ein.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitalanfang](#)

6. Bremen in Europa – Bremen in der Welt

Wir sind davon überzeugt, dass wir Frieden nur nachhaltig sichern können, indem wir soziale Gerechtigkeit schaffen, Armut bekämpfen und für die Einhaltung der Menschenrechte eintreten. Die Lebensgrundlagen der Menschen in Europa und in der Welt müssen gesichert und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Ressourcen müssen auch für die nächsten Generationen erhalten werden. Zu den Zielen der globalen Solidarität und Nachhaltigkeit bekennen wir uns im Lichte der langen Tradition bremischer Entwicklungspolitik und unterstützen die acht Millenniums-Entwicklungsziele, die bis 2015 umgesetzt werden sollen. Wir setzen uns für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ein. Deshalb messen wir der internationalen Arbeit trotz schwieriger Haushaltslage auch weiterhin eine hohe Bedeutung bei. Wir unterstützen entwicklungspolitische Aktivitäten in Vereinen, Schulen und anderen Organisationen und engagieren uns in entsprechenden Initiativen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Bremen in Europa

Die SPD im Land Bremen steht zur Europäischen Einigung, sieht aber auch, dass sie politisch aktiv gestaltet werden muss. Wir machen uns stark für ein soziales Europa, in dem kein Wettlauf um die niedrigsten Löhne und schlechtesten Arbeitsbedingungen stattfindet. Wir fordern für ganz Europa eine Wohlstandsstrategie für alle Menschen.

Wir treten dafür ein, dass bei der Fortschreibung des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung die Interessen Bremens und Bremerhavens berücksichtigt werden. Raumfahrt und integrierte Meeresspolitik, aber auch Klimaschutz, Kultur und Stadtplanung haben bislang von den Programmen der Europäischen Union profitiert. Dies muss auch zukünftig so bleiben. Wichtig ist uns, dass auch die Bearbeitung von Themen wie Armutsbekämpfung, Arbeitssicherung, Ausbildung und Wissenschaftsentwicklung finanziell durch die EU gefördert wird.

Wir werden in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt auf die europäische Jugendpolitik legen und zu diesem Zweck ein europapolitisches Jugendkonzept für Bremen und Bremerhaven entwickeln. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle jungen Menschen, die es wollen, bis zu einem Jahr lang im Ausland leben können, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, ihrer Herkunft oder ihrem Bildungsstand. Dafür sollen alle Fördermöglichkeiten des Bundes und der EU ausgeschöpft werden. Eine flächendeckende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit soll initiiert und Kooperationen mit Schulen, Unternehmen und den Kammern sollen entwickelt werden.

Wir wollen junge Menschen in Bremen und Bremerhaven fit für Europa machen: Wir wollen bis zum Jahr 2015 die Zahl der Europaschulen von derzeit drei auf mindestens sechs erhöhen. Der Ausbau soll schwerpunktmäßig im Bereich der Oberschulen erfolgen. Alle Schülerinnen und Schüler sollen verpflichtenden Unterricht in europäischer und internationaler Politik erhalten, insbesondere im Rahmen von Projektwochen. „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ soll noch stärker als bisher integrierter Bestandteil von Unterrichtsmaterialien, Lehrplänen und pädagogischer Arbeit werden. Wir unterstützen einen Ausbau der europapolitischen Jugendarbeit sowie einen verstärkten europäischen Jugendaustausch.

Die SPD begrüßt, dass sich der Europapunkt im Haus der Bürgerschaft als zentraler Ort der Information etabliert hat. Gleiches gilt für den neu eingerichteten Europapunkt in Bremerhaven. Die Europawochen sollten zukünftig noch stärker an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger orientiert werden. Die Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiger Knotenpunkt für eine effektive Interessenvertretung Bremens und Bremerhavens in der Europäischen Union.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Weltoffene Städte brauchen Partner

Bremen und Bremerhaven haben eine lange Tradition von intensiven Städtepartnerschaften in Europa und weltweit. Solche Partnerschaften sind für weltoffene Städte unverzichtbar. Neben

politischen und wirtschaftlichen Kontakten ermöglichen sie die direkte Begegnung von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Kulturen.

In Bremen und Bremerhaven engagieren sich viele Gruppen und Vereine in diesem Bereich. Zukünftig sollten verstärkt übergreifende Themen entwickelt werden, zu denen sich mehrere oder alle Städtepartnerschaften gemeinsam engagieren können. Bestehende Partnerschaften können, wie im Beirätegesetz vorgesehen, durch Austauschbeziehungen auf der Ebene der Beiräte weiter bereichert werden.

An vielen unserer Schulen bestehen oder entstehen aktive Schulpartnerschaften. Dies befürworten wir sehr, da dadurch Kinder und Jugendliche einen direkten Kontakt zu Menschen in aller Welt bekommen. Dieser Bereich sollte weiter ausgebaut werden, zum Beispiel durch die Einrichtung einer aktiven Koordinierungs- und Anlaufstelle für Schulpartnerschaften.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Fairer Handel – Internationale Solidarität

Wir wollen das Beschaffungswesen der öffentlichen Verwaltung schrittweise so umstellen, dass grundsätzlich nur noch fair produzierte und gehandelte Güter beschafft werden. Damit wollen wir einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit in der Welt leisten, denn faire Beschaffung ist gelebte internationale Solidarität.

Die Bremer SPD hat sich federführend dafür eingesetzt, dass die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Bremer Tariftreue- und Vergabegesetz erstmalig in einem Bundesland in Deutschland festgeschrieben wurden. Nun muss die konkrete Umsetzung in die Vergabepaxis erfolgen. Wir begleiten diesen Prozess und streben an, dass bis 2015 50 Prozent des Beschaffungsvolumens nach öko-fairen Kriterien vergeben werden. Wir freuen uns sehr darüber, dass die Zahl von Unternehmen im Land Bremen, die den fairen Handel fördern, wächst.

Symbol für das internationale Engagement unseres Landes ist der Bremer Solidaritätspreis. Wir sind erfreut, dass dieser vom Bremer Senat alle zwei Jahre verliehene Preis durch eine private Bremer Stiftung ab dem Jahr 2011 verdoppelt werden kann und damit weiterhin mutige Menschen in ihrer politischen Arbeit unterstützt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

7. Neue Allianz für die Zukunft – Finanzielle Grundlagen des Zwei-Städte-Staates sichern

Die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Land und Stadtgemeinden ist und bleibt

für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die zentrale Herausforderung bremischer Politik.

Das Land Bremen hat sich gegenüber Bund und Ländern verpflichtet, ab dem Jahr 2020 die neue Schuldenbremse des Grundgesetzes einzuhalten. Bis dahin soll die jährliche Neuverschuldung schrittweise auf null reduziert werden. Unter dieser Voraussetzung bekommt das Land von der bundesstaatlichen Gemeinschaft eine jährliche finanzielle Unterstützung in Höhe von 300 Mio. Euro bis zum Jahr 2019.

Es wird sehr schwer werden, das Ziel der „Nullverschuldung“ ab dem Jahr 2020 zu erreichen, aber wir werden vor den Schwierigkeiten nicht kapitulieren, sondern uns den Herausforderungen mit Entschlossenheit und Beharrlichkeit stellen.

Obwohl die tiefste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg Wirtschaft und Finanzen erschüttert hat, ist der Umbau Bremens und Bremerhavens zu modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Wissenschaftsstandorten weiter vorangegangen. Finanzpolitisch haben wir, entsprechend unserer politischen Schwerpunktsetzung, eine Umsteuerung der knappen Mittel in die Bereiche Kinder, Jugendliche und Bildung vorgenommen. Die öffentlichen Investitionen wurden Schritt für Schritt auf ein im Ländervergleich durchschnittliches Maß zurückgeführt. Dies wurde begleitet von der Einführung höherer Transparenz bei der Verwendung der Mittel und einer Verschlan-
kung der Verwaltung.

An diesem Kurs werden wir festhalten. Wir werden auch weiterhin einen erheblichen Eigenbeitrag leisten müssen, aber mit Verstand und unserem sozialen Anspruch verpflichtet. Ein Kaputtsparen des Gemeinwesens wird es mit uns nicht geben. Land und Stadtgemeinden müssen ihren jeweiligen Beitrag zur Konsolidierung solidarisch leisten. Die Lage Bremerhavens als vom Strukturwandel besonders betroffenes Gemeinwesen werden wir berücksichtigen.

Eine erfolgreiche Konsolidierung braucht gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die unsere Eigenanstrengungen zum Schuldenabbau fördern und nicht behindern. An erster Stelle steht die Stabilität auf der Einnahmenseite. In den letzten Jahrzehnten sind immer wieder Steuern gesenkt worden, insbesondere auch für Bezieher hoher Einkommen und Eigentümer großer Vermögen. Dies hat die Fähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik wesentlich beeinträchtigt.

Wir wissen, dass eine wirklich nachhaltige Verbesserung der finanziellen Lage Bremens und Bremerhavens auch zukünftig nur dann erreicht werden kann, wenn die aufgelaufenen Alt-schulden getilgt werden. Das können wir nicht aus eigener Kraft erreichen, auch hier ist bundesstaatliche Solidarität gefordert. Von verschiedenen Seiten ist ein „Schuldenfonds“ in die Diskussion gebracht worden, der ein geeignetes Instrument wäre, das viele Länder und Kommunen betreffende Problem des Abbaus der Alt-schulden zu lösen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Aufgabengerechte Finanzausstattung der Länder und Kommunen durchsetzen

Wir wollen eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Länder und Kommunen und damit auch Bremens und Bremerhavens durchsetzen. Dazu reicht es nicht, nur den Finanzausgleich zu reformieren. Das gesamte Finanzverteilungssystem der Bundesrepublik bedarf der Neugestaltung. Wir brauchen endlich wieder eine ausreichende, verlässliche und belastbare Grundlage für den Ausbau der notwendigen öffentlichen Infrastruktur – von qualifizierten Kindertagesstätten über ein gutes Schulsystem und eine leistungsfähige Hochschul- und Forschungslandschaft bis hin zu einer modernen Verkehrsinfrastruktur.

Wir haben in Bremen die Grunderwerbssteuer auf das Niveau von Berlin und Hamburg angehoben und wir werden in Bremen und Bremerhaven weiter alle vertretbaren landes- und kommunalpolitischen Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung ausschöpfen. Wir wollen nach dem Vorbild anderer Städte eine Kulturförderabgabe einführen.

Trotzdem: Hier ist vor allem der Bundesgesetzgeber in der Verantwortung. Steuergeschenke für einzelne Lobbygruppen, wie sie mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Koalition verteilt werden, sind bei der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte das falsche Signal. Stattdessen fordern wir eine sozial gerechte und aufkommensstarke Steuerpolitik. Dazu gehören unter anderem eine Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 49 Prozent, eine sozial gerechte Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden treten wir für die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer ein. Bei der Reform der Grundsteuer sprechen wir uns für einen Systemwechsel auf Grundlage der Verkehrswerte aus.

Damit das Geld auch bei uns ankommt, werden wir zugleich den Steuervollzug weiter sichern und stärken. Das schließt in Bremen und Bremerhaven die Verstärkung der Ausbildung in den Finanzämtern und die weitere Modernisierung der Steuerverwaltung und der Steuerfahndung, auch im Bereich der Betriebsprüfung, ein. Auf Bundesebene werden wir uns für eine stärkere Kooperation der Länder im Steuervollzug sowie für das weitere Schließen von sogenannten Steuergestaltungslücken einsetzen. Die Strafbefreiung bei Selbstanzeige von Steuerhinterziehung muss abgeschafft, Steuerehrlichkeit muss belohnt werden!

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Öffentliche Ausgaben: Balance zwischen Sparen und Schwerpunktsetzung halten

Die Einhaltung der Schuldenbremse erfordert weitere erhebliche Anstrengungen auf der Ausgabenseite. Für die nächsten Jahre bedeutet das im Kern, die Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinden stabil zu halten. Mehrausgaben kann es nur dort geben, wo es aufgrund von Rahmenbedingungen, die Bremen nicht beeinflussen kann, zwingend erforderlich ist. Soweit politische Prioritätensetzungen zusätzliche Mittel erfordern, sind diese durch Einsparungen an

anderen Stellen zu erbringen. Investitionen werden wir weiterhin auf arbeitsplatzschaffende und werterhaltende Maßnahmen konzentrieren. Obwohl die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Konsolidierungsbeiträge erbracht haben, wird sich ein weiterer Personalabbau nicht vermeiden lassen. Er muss aber sozial gerecht gestaltet werden. Notwendige Einsparungen im öffentlichen Dienst sollen daher schwerpunktmäßig dort ansetzen, wo der Service gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht beeinträchtigt wird. Zugleich müssen die inneren Abläufe der Verwaltung auf ihre Effizienz hin geprüft, noch bestehende Doppelstrukturen abgebaut und die Schnittstellen zwischen den Ressorts weiter verbessert werden. Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus.

Wir werden auch zukünftig die schwierige Balance zwischen den notwendigen Sparanstrengungen und dem Setzen politischer Schwerpunkte, insbesondere in den Bereichen Kinder, Jugendliche und Bildung, halten. Jeder Sparkurs hat für uns dort seine Grenzen, wo die Verantwortung für das Gemeinwesen und die Grundsätze des sozialen Zusammenhalts verletzt werden.

Notwendig ist eine gerechtere Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dort, wo gesamtgesellschaftliche Aufgaben erbracht werden, muss auch die Finanzierung gesamtgesellschaftlich getragen werden. Eine Entlastung der Kommunen ist insbesondere bei den kommunalen Anteilen an den Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung im Alter, bei der Eingliederung behinderter Menschen, aber auch bei der Mitfinanzierung des Ausbaus der Kinderbetreuung geboten. Zur Entlastung der Kommunen kann auch die von uns geforderte Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns beitragen, da sie die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind, vermindert.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)

Neue Allianz für die Zukunft

Wir werden die finanziellen Lebensgrundlagen unseres Gemeinwesens mit einer soliden Finanzpolitik vor Ort und einer aktiven Interessenvertretung gegenüber Bund und Ländern sichern. Das schaffen wir nicht alleine. Wir brauchen den Schulterschluss mit andern Ländern und Städten, die vor vergleichbaren Problemen stehen: Als Empfänger von Zinshilfen stehen wir im engen Bündnis mit den anderen Konsolidierungsländern, die in der Schuldenfalle stecken und dem Stabilitätsrat Rechenschaft schuldig sind. Als Zwei-Städte-Staat haben wir eine besondere Verantwortung in der kommunalen Familie und eine besondere Rolle im Deutschen Städtetag. Als Land können und werden wir unseren Einfluss im Bundesrat nutzen. Im Interesse der Sicherung unserer Selbstständigkeit und der Bewahrung der sozialen Demokratie in Deutschland.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

[Zurück zum Kapitelanfang](#)